

Abonnements  
werden beim Verlag und besten  
bekanntesten Agenten entgegen-  
genommen, und zwar zum  
voraus zahlbaren  
Vierteljahrspreis von:  
Mk. 4,40 für Deutschland (direkt  
per Post-Conto)  
Mk. 2,75 für Österreich (direkt  
per Post-Conto)  
Erlb. 2.— für alle übrigen Länder  
des Weltpostvereins (Kontogeld).

# Der Sozialdemokrat

Erscheint  
wöchentlich einmal  
in  
London.  
Verlag  
der  
German Cooperative Publishing Co.  
E. Bernstein & Co., London N. W.  
114 Kenning Town Road.

Inserate  
Die Verlagsanstalt  
3 Year — 25 Pfg. — 50 Gld.

## Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Postsendungen  
franko gegen franko.  
Gesetzliche Briefe  
nach England fallen Doppelpost.

N. 35.

Verlag an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung der Postgesetze  
abgeben lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Postadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

31. August 1889.

### Der Streik der „Unqualifizierten“.

London ist gegenwärtig der Schauplatz einer Bewegung, die für uns Sozialisten von höchstem Interesse ist. Bis zur Stunde, da wir dies schreiben, haben wir in der festländischen Presse nur wenig von ihr gelesen, aber nachdem sie in den letzten Tagen der vergangenen Woche die größten Umzüge, die London seit langer Zeit, am Sonntag das größte Meeting, das der Londoner Hyde-Park überhaupt gesehen, zur Folge gehabt hat, werden wohl auch die Berichterstatter der verschiedenen Weltblätter ihr mehr Beachtung geschenkt haben. Wir meinen den großen Streik der Londoner Dockarbeiter, der aus kleinen unscheinbaren Anfängen in kurzer Zeit zu einer Bewegung angeschwollen ist, die das ganze Londoner Ost-End umfasst hat, ganz London in Spannung erhält. Vorbei ist der Nahebrud-Spud, diese hysterische Aufregung um ein Weib von jedenfalls höchst fragwürdigem Charakter, die Frage: hat sie ihren Mann tatsächlich vergiftet, oder ihm bloß ein bißchen Gift geben wollen, ist verstummt gegenüber der so profanen Frage: „Werden sie den Penny erkämpfen oder nicht?“

Um einen Penny Lohnerhöhung pro Stunde kämpfen sie, die Proletarier, die in der Beschäftigung auf den Docks ihre letzte Zukunft suchen vor dem Verfall in's völlige Elend. Um einen Penny mehr pro Stunde, und um die Juticherung von wenigstens vier Stunden Arbeit pro Tag. Das ist das Wesentliche ihrer Forderungen. Andere sind hinzugekommen, aber sie gaben den Anlaß zum Streik. Und eigentlich war es nicht einmal eine Forderung auf Lohnerhöhung. Bisher bekamen die Stunden-Arbeiter auf den einzelnen Docks fünf Pence per Stunde, wurde aber die bestimmte Arbeit, für die sie grade eingestellt worden, schneller ausgeführt als bedungen, so erhielten sie auch den Ueberschuß ausbezahlt. Das schien indes der Gesellschaft noch viel zu viel, denn plötzlich begannen sie bei der Auszahlung dieses Ueberschusses Abzüge zu machen, und daraufhin entschlossen sich die Arbeiter kurzerhand, die Abschaffung dieses ganzen Ueberschußsystems und die Festsetzung eines fixen Lohnsatzes von sechs Pence = 50 Pfennig pro Stunde zu verlangen und dazu die vorerwähnte Sicherung von mindestens vier Stunden Arbeit per Tag. Von Dock zu Dock pflanzte sich diese Parole fort und fand überall begeisterte Aufnahme. Zum Glück bestand bereits eine, wenn auch nicht sehr starke Organisation unter den Dock-Arbeitern, und außerdem fanden sich Männer, geschulte Gewerkschaftler, welche die Arbeit des Organisirens gründlich verstehen, und die ihre Arbeitskraft und ihre Erfahrung voll und ganz in den Dienst der „Docker“ stellten. Was John Burns, Tom Mann, überhaupt unsere Genossen vom „Labour Elector“, in diesen Tagen geleistet, das spottet jeder Beschreibung. Vom frühesten Morgen an, ehe noch die Docks geöffnet wurden, waren sie an Plätze und hielten Versammlungen ab — gleichviel, ob der Regen in Strömen niedergoß — und war die Eine zu Ende, dann ging es in die Andre, überall Rath zu ertheilen, anzufeuern, zur Festigkeit zu ermahnen. Erst spät in der Nacht, nach 15, 18stündiger Thätigkeit kamen sie zur Ruhe. So hat Burns allein in 12 Tagen 90 Versammlungen abgehalten, von denen die Meisten nach Tausenden, viele nach Zehntausenden zählten.

Um zu begreifen, was es heißt, die Dockarbeiter zu einem gemeinsamen Vorgehen und namentlich zum gemeinsamen Aushalten zu organisiren, muß man sich vergegenwärtigen, aus welchen Elementen sich die eigentlichen Streikenden rekrutiren. Es sind nicht die ständigen, geübten, verhältnismäßig gut bezahlten und regelmäßig beschäftigten Arbeiter auf den Docks — sondern die große Masse der schiffbrüchigen, dem totalen Ruin entgegengetriebenen Existenzen, die infällig an die Docks verschlagen sind und dort von Tag zu Tag einen verzweifelten Kampf ums Dasein, einen Verzweiflungskampf vor dem völligen Verfall, führen. Und diese herabgekommene Masse, für die man an die Dichtore Dante's Wort schreiben könnte: „Lasciate ogni speranza voi che entrate“ — „die Ihr hier anlangt, laßt jede Hoffnung fahren!“ — diese armen Teufel, die sich sonst jeden Morgen bei Eröffnung der Dockthore buchstäblich wahre Schlachten liefern um den Zutritt zu dem Angeheilen, der die Arbeiter engagirt — buchstäbliche Schlachten des Konkurrenzkampfes der überzahligen Arbeiter untereinander — diese zusammengekauerte, täglich wechselnde Masse steht heute 50—60,000 Mann stark organisiert da, hält eine Disziplin, wie sie vor einigen Wochen noch kein Mensch ihr zugetraut hätte und löst durch ihre ruhige Energie den mächtigen Docketgesellschaften ein, während ein großer Theil des dodgenen Buxerthums mit diesen „Verkommensten der Verkommenen“, in denen er sonst nur Gesindel erblickte, offen sympathisirt.

In den ersten Tagen meinten die Direktoren spöttisch, diese Dockhandlanger — wir nennen sie so im Unterschied zu den fest angestellten Dockarbeitern — hielten keine Woche aus, der Hunger würde sie im Handumdrehen zu Paaren treiben. Zu ihrem Entsetzen müssen sie sehen, daß sie sich getäuscht. Die Bewegung hat nicht nachgelassen, sondern ist gewachsen, auch die andern Kategorien der Dockarbeiter haben sich den Streikenden angeschlossen. Ebenso die Arbeiter einer ganzen

Anzahl mit den Docks in enger Verbindung stehenden Gewerbe — das ganze Londoner Ost-End ist in Bewegung. Und das heißt Etwas, das ist ein Ereigniß.

Das Ostend selbst bisher in passiver Glendover-sumpfung, die Widerstandlosigkeit der durch den Hunger gebrochenen, der absolut Hoffnungslosen, war seine Signatur. Wer da erst hineingeriet, war moralisch und physisch verloren. Und dieses Ostend rafft sich auf, und während bisher, wegen des passiven Dahinvegetirens der wirklichen Arbeiter des Ostends, der Lumpenproletarier dort das große Wort führte, sich als der Typus und Repräsentant der Millionen Hungerleider daselbst aufspielte und galt, treten jetzt die Exerieren ans Licht und drängen diesen ganz in den Hintergrund. Die Bourgeoisblätter müssen die völlige Abwesenheit von Auschreitungen konstatiren. Tag für Tag ziehen die Streikenden — Jüge von 20—30,000 Mann — durch die City, und nicht der geringste Konflikt mit der Polizei ist zu verzeichnen, nicht die leiseste Belästigung des Publikums. Sie begnügen sich damit, durch symbolische Darstellungen an die Sympathie der Bevölkerung zu appelliren. Hier hängt an einer Stange eine Penny-Wurst oder ein verdorrter Fisch und ein Stück Brod und darüber steht: „Des Dockers Mittagmahl“, dort zeigt eine in Lumpen gehüllte Puppe, wie „Des Dockers Kind“ ausschaut. So ziehen sie, kampfesfreudig, voller Hoffnung auf Sieg, ihren Weg, fest im Vertrauen auf ihre gute Sache und ihre Organisation.

Wie der Streik auch enden möge, er hat gezeigt, daß auch die tiefste Schicht der Arbeiterklasse organisationsfähig ist, und das ist für die Bewegung in England von unendlicher Bedeutung. Im vorigen Jahre erkämpften die Färbholz-Arbeiterinnen im Ost-End ihren Sieg, das war ein halbes Wunder. Jetzt kommen die Dockhandlanger an die Reihe — andre werden und müssen folgen. Das Londoner Ost-End hat die größte Masse der einfachen Arbeiter in England, derjenigen, deren Arbeit kein oder fast kein Geschick erfordert. Organisiren sich diese, bisher von den Trades-Unions der gelehrten Arbeiter mit Verachtung behandelten Schichten des Proletariats, so ist das zugleich ein Beispiel, das auf die Provinz nachwirken wird.

Kurz, es ist ein großer Anstoß gegeben. Eine neue Schicht tritt ein in die Reihen des kämpfenden Proletariats, neben die „Aristokraten der Arbeit“, wie man die Elemente genannt hat, aus denen sich die Gewerkschaften bisher vorzugsweise rekrutiren, treten die auf der untersten Stufe der sozialen Stufenleiter Stehenden, die „Nebel“ des Arbeitsmarkts. Natürlich nicht alle auf einmal, aber der Stein ist im Rollen und wird immer weitere Kreise in Mitleidenschaft ziehen.

Dieses Proletariat der Ausgestoßenen war und ist das böse Gewin der Bourgeoisie. Seine Nothlage ist so groß, sein Elend so himmelschreiend, daß es sich nicht wegdisputiren läßt, alles Leugnen vergeblich ist. Bisher war es daher auch das Objekt aller möglichen philanthropischen Quacksalbereien, die selbstverständlich erfolglos blieben, und andererseits gab die Noth und die Verkommenheit seiner Angehörigen den Vorwand ab für das Unterlassen jeder ernsthaften Maßregel zu seinen Gunsten. Jetzt haben sich die „Verkommenen“ aufgerafft und bei ihren Anzügen gezeigt, daß sie musterhafte Disziplin zu üben und anrechtzuerhalten im Stande sind. So bleibt der Bourgeoisie, die vor etlichen Jahren noch geflucht und geschimpft hätte, nichts übrig als verzagten Beifall zu klatschen — während und weil ihr das Herz in die Sojen gefallen.

Genug, der Streik ist ein Phänomen von mehr als lokaler Bedeutung. Nach den zuletzt einlaufenden Nachrichten ist sein siegreicher Ausgang für die Arbeiter kaum mehr zweifelhaft. Die Unterhütungen laufen in auerreichendem Maße ein, und die Streikenden halten mit bewundernswürdiger Zähigkeit fest. Die solche Dockkampagne wird vor den verachteten Handlangern die Segel streichen, alle Forderungen bewilligen müssen. So bedeutungsvoll dieser Sieg, so reicht seine Bedeutung doch nicht heran an den, daß der Streik überhaupt möglich war, daß die Ausgestoßenen als organisirte Masse auf den Kampfplatz getreten sind — ein neues Armeekorps im proletarischen Befreiungskrieg.

### Sozialpolitische Rundschau.

London, 28. August 1889.

— Genosse Bebel veröffentlicht in deutschen Blättern folgende Erklärung.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ kommt in ihrer gestrigen Nummer abermals auf ihre schon früher gemachten Behauptungen zu sprechen, daß neben den öffentlichen Sitzungen auf dem Internationalen Arbeiterkongress in Paris auch eine Anzahl geheimer Sitzungen stattgefunden habe, in welchen die eigentlichen „sozialrevolutionären Manifestationen“ verhandelt worden seien. Das eilt Watt d. gründet neuerdings seine Behauptungen auf Grund von angeblichen Zeitungen, die nur einzeln für die Denunziation infimiren: den Organ, wie es die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist, dazu Anhalt bieten können.  
Die angeblichen Zeitungen, auf welche das Blatt sein Denunziationsgebäude stützt, sind folgende:

1. habe die „Berliner Volks-Tribüne“ in ihren Berichten über den Kongress von achtzigstündigen Debatten gesprochen, von welchen keine andere Zeitungen zu berichten gehabt habe;

2. habe der Abg. Harm in seinem Bericht über den Kongress in Silberfeld zugegeben, daß eine „nicht öffentliche Delegirtenversammlung“ stattgefunden habe;

3. habe der Former Schüy bei seiner Berichterstattung in Breslau nach dem Bericht des „Schief. Morgenbl.“ erklärt: die Kongressmitglieder hätten sich durch Gehörwort solidarisch erklärt und verpflichtet, nicht eher zu ruhen, als bis die Arbeiter „mit Gewalt oder sonstwie“ aus dem kapitalistischen Joch befreit seien.“

Dies sind die drei Kardinalpunkte, auf welche sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ sich mit ihren Denunziationen stützt.

Darauf ist folgendes zu antworten:  
Zu 1.: Berichtigte die „Volks-Tribüne“ über hiesige Debatten, so hatte sie nach dem Verlauf des Kongresses dazu ein Recht. Durch das anwesende anarchoistische Element und die Art, wie die Romanen auch die harmloseste Debatte zu fügen gewohnt sind, schloß es allerdings nicht an häßlichen Szenen, die den Franzosen nicht sonderlich ausfallen mochten, wohl aber den Deutschen unangenehm waren. Vielleicht haben die im Kongress-Publikum anwesenden gemeinen Vertrauensleute des Berliner Postenmarktes die Güte, den Redakteuren der „Nordd. Allg. Ztg.“ die Richtigkeit dieser Angaben zu bezeugen.

Zu 2. hat der Abg. Harm die Wahrheit berichtet, wenn er von einer vertraulichen, nicht geheimen Besprechung der deutschen Delegirten sprach. Diese fand statt, wie ich der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ genau vertragen will, den 16. Juli, Nachmittags 5 Uhr, im Salle Petrelle und bezog sich ausschließlich mit der Tagesordnung des Kongresses und der Stellung, welche die Deutschen dazu einnehmen wollten. In- gleich wurden in dieser Sitzung die deutschen Redner für die Debatten bestimmt. Diese Sitzung währte bis Abends 1/2 9 Uhr und war der Unterzeichnete Vorsitzender derselben.

Zu 3.: hat der Former Schüy die ihm von dem „Schief. Morgenbl.“ in den Rand gelegten Keuschungen wirklich gethan, so ist es bei ihm, sich näher auszusprechen, wo dieses angebliche Gelächter abgelegt worden sein soll. Wahrscheinlich handelt es sich aber um ein Mißverständnis des Berichterstatters des „Schief. Morgenbl.“, da die angebliche Keuschung des Former's Schüy sonst keinen Sinn hat.

Ich habe mich aus diese Denunziationen der „Nordd. Allg. Ztg.“ deshalb so ausführlich eingelassen, weil ein großer Theil der übrigen Presse gewohnt ist, ihre denunziationen Keuschungen für bare Münze zu nehmen und für ihre Weiterverbreitung zu sorgen. — Als vor dem Kongress einberufen, war es von vornherein unter feierlicher Entschluß, jedem Versuch, Geheimnisträumeri zu treiben, entgegen zu treten. Wir kennen die deutsche Presse vom Schlege der „Nordd. Allg. Ztg.“ viel zu gut, um nicht voranzugehen, daß geschlossene Sitzungen ihr das erwünschte Material zu Denunziationen geben würden. Außerdem stand für uns fest, daß die Zahl der deutschen Epigonen, die in diesen Tagen Paris beherbergte, Region sein würde und diese jede ihnen gebotene Gelegenheit ergreifen würden, aus solchen geschlossenen Sitzungen Material für ihren Gift zu schlagen.

Diese beiden Gründe waren ausreichend, dafür einzutreten, daß die Kongressregungen von Anfang bis zu Ende öffentlich wären, was auch geschah. Wer hierauf noch das Gegenheil behauptet, den bezichtigt ich hiermit öffentlich als Lügner.

Genosse, den 28. August 1889.

A. Bebel.

— Der Verlauf des Londoner Dockhandlangerstreiks, den wir im Vortitel unserer heutigen Nummer ausführlicher behandeln, fordert unwillkürlich zu Vergleichen heraus zwischen der Art, wie sich in England die Arbeiter in ihrem Kampf gegen das Kapital bewegen und bewegen dürfen, und der Art, wie es in dieser Hinsicht in Deutschland zugeht. Zunächst genossen die Arbeiter absoluten Versammlungsrecht. Sie versammelten sich, nicht etwa im geschlossenen Raum, nein, unter freiem Himmel, unmittelbar vor den Docks, gegen deren Stellung sie im Streik sind, fast Nacht redet ihnen etwas dazwischen. Die Polizei sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Allgemeinen, für den ungehinderten Verkehr, aber es fällt ihr nicht ein, die Versammlung zu „überwachen“, sich in die Verhandlungen zu mischen, anzuhängen oder gar zu protokolliren, was die Redner sagen. Das Streikkomitee konstatirt sich, vor den einzelnen Docks werden „Wächter“ aufgestellt, angewiesen, um Arbeiter dorthin gehen und eventuell ihnen Vorstellungen zu machen, daß sie sich den Streikenden anzuschließen haben. Auch diese Wächter sind unbedeutend, solange sie nicht zu Gewaltthaten übergehen. Die Streiker veranstalteten Umzüge, um die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen; sie fordern nicht nur in der Presse zu Sammlungen auf, sie veranstalten nicht nur bei ihren Meetings Geldsammlungen, sie schicken auch Leute mit Sammelbüchern aus, welche das Publikum auf den Streikern zu Geldspenden einladen. Niemand verwehrt ihnen das, wehe aber dem, der vorgibt, Geld für die Streikenden zu sammeln, und das Geld für sich in die Tasche steckt! Er wird unrettbar vom Postgelehrter wegen Betrugs verurtheilt.

Und nun vergleiche man damit die Zustände in Deutschland, wie sie heute sind. Wenn sich irgendwo die Arbeiter zum Lohnkampf regen, da stehen sie schon unter Polizeiaufsicht. Jede Versammlung, die sie abhalten wollen, müssen sie vorher der Polizei anzeigen, in einigen Einzelstaaten sogar bei ihr um Erlaubniß für dieselbe einkommen. Findet die Versammlung statt und läßt ein Redner ein Wort fallen, das dem überwachenden Polizeibeamten nicht gefällt, sofort wird die Auflösung über sie verhängt, ob es für den Fortgang des Streiks auch noch so verhängnißvoll wäre; Wächterposten vor den Arbeitsplätzen werden entworfen gar nicht gebildet oder so diktiert, daß ihnen ein Ausführen ihrer Aufgabe geradezu unmöglich wird. Außerdem wird jedes Wort, das an die Adresse der Nichtstreiker gerichtet, sorgfältig abgehört, ob sich nicht eine Bedrohung oder „Schwörung“ herauskonstatiren läßt. Auch das Recht des Geldsammlens ist beschränkt, Kollektiren auf der Straße ist überall verboten, in einzelnen Staaten darf sogar in der Presse nicht zu Sammlungen aufgefordert werden, zu denen nicht die Polizei ihre allergnädigste Erlaubniß gegeben. Umzüge unterstehen der polizeilichen Erlaubniß, die in solchen Fällen natürlich nicht erteilt wird. Dafür haben die Behörden das Recht und sind es auch aus dem Unterwiesener, wenn sie es für nöthig erachten, Soldaten, bezw. aus dem Heer „deusculde“ Arbeiter des betreffenden Gewerbes zumischen, welche die von den Streikern verlassene Arbeit zu verrichten haben.

Daß unter diesen Umständen ein Streik der Dockarbeiter kaum möglich gewesen wäre, und wären ihre Forderungen noch schmal gerechert als die jetzigen, liegt auf der Hand. Trotzdem aber genügt all das den „christlichen Sozialreformern“ noch nicht, der Arbeiter hat ihrer Ansicht nach noch zuviel Freiheit, ganz besonders auch zuviel Koalitionsfreiheit, und all ihr Ansehen und Trachten ist darauf gerichtet, wie sie den Arbeitern auch das letzte Restchen davon, das ihnen noch geblieben, fortzukostantiren können; die offizielle Presse wird gar nicht müde,

immer neue Vorschläge in dieser Richtung aufzutischen, in der Absicht, daß etwas endlich hängen bleiben wird. Und dann hat das Gefindel noch die Frechheit, pharisäerhaft sich dem Ausland gegenüber zu brüsten, wie „bei uns“ für den Arbeiter geforgt wird, wie „bei uns“ des Arbeiters Wohlfahrt der leitende Gedanke der Gesetzgebung ist. Glende Gesundheit, wie sie verächtlicher in keinem Lande der Welt zu finden!

**Aus Deutschland,** den 19. August. Der Reichskaiser ist jetzt gerade in Baden und schwelgt in Wagner'scher Musik und anderen etwas substantielleren Genüssen. Es ist wohl kein Zufall, daß unsere vornehmste und reaktionärste Gesellschaft für Musik und insbesondere für Wagner'sche Musik schwärmt. Die Musik hat etwas Beräuschendes — und wenn sie den Verstand auch nicht tödtet, so legt sie ihn doch in Banden, sie fesselt und behdort die Sinne und überläßt die Stimme des Gewissens und den Nothschrei des Gewisses, der aus den Tiefen des Volks zu den Höfen emporklingt.

In den Zeiten des byzantinischen Kaiserreichs war es üblich ganz ebenso: Musik und Zirkusspiele abforderten, nebst sonstigen Ausschweifungen aller Art, das Leben der Fürsten, die damals wie heute von den höchsten Speichelleckern als Götter in Menschengestalt gepriesen und angebetet wurden — wenigstens äußerlich. Die reizen Zirkusspiele fehlten dem neuesten Gott in Menschengestalt. Das heißt für den Augenblick noch. Sein Sinn und Trachten ist aber an die Veranstaltung von Narkotikspielen gerichtet, tausendmal größer und tausendmal blutiger als die Zirkusspiele der alten Byzantiner, bei denen es übrigens auch schon recht heiß und lebendig zugeht. Zum Narkotik hat er sich weite Länder ausgedehnt, und die Spieler, die er sorgfältig drillen und dressiren läßt, zählen nach Millionen. Sei, wenn diese modernen Narkotikspiele des jüngeren „alten Feig“ beginnen, dann können die Sozialreformer à la Doktor Glendard sich freuen, — der „Ueberdöckerung“, welche nach Meinung dieser erkrankten Wiedermänner die Wurzel alles Übels ist, wird das Volk an die Wurzel gelegt — und ist einmal das Signal gegeben, so wird ein lustiges Narkotik beginnen, wie die Welt noch keines sah — die zerstückten Felder werden sich von Blut röthen — und die Götter in Menschengestalt, die von sicherer Stätte aus dem Spiel zuschauen, können vergnügt in die Hände klatschen: „Ihr Vöcker macht's brav! Schloßet Euch gegenseitig für uns; auf daß wir fortfahren, Götter in Menschengestalt zu sein.“

Nun, ganz so weit sind wir noch nicht, und in Erwartung dieses idealen Narkotikspiels ist der junge „alte Feig“ auch mit einer Probevorbereitung zufrieden, in der ausschließlich keine eigenen Unterthemen mitspielen haben, — die einen als „Bild“, das „zur Strecke gebracht“ wird, die andern als Jäger, die auf stammendes das zinnenden Gottes in Menschengestalt „Nies über den Haufen schleusen“.

Von Daxentz geht es nach Karlsruhe, von Karlsruhe nach Straßburg — von Straßburg, der Denker weiß, wohin. Und das nennt man „Regieren“. — Doch nein, seien wir nicht ungerecht. Der Gott in Menschengestalt ist ein wirklicher Gott. Im Anfang war das Wort — so heißt das Evangelium des Johannes an — und das Wort war Gott! Das Wort, das einmahl das Fleisch geworden in der Person Christi, ist heute Fleisch geworden in der Person des redelustigen Reichskaisers, der, ähnlich wie sein Großvater, der am Kaiserthron gesessene Friedrich Wilhelm IV., „bei Tag und bei Nacht“ redet, loge, „schon ehe er aufgewacht“ — so viel, daß ein einziger Stenograph nicht mehr ausreicht, die Ergüsse dieses menschgewordenen Wortes der Bergeshöhe zu entziehen und der — Korrektur zu überfesseln, stummelnd der Gott in Menschengestalt zwar selbstverständlich mit der Eigenschaft der Unfehlbarkeit behaftet ist, aber auch mit einem solch wunderbar seinem Stillsitzen, daß es zu sein ist für das gemeine Volk, und daß dieses regelmäßig etwas anderes versteht, als was der Gott in Menschengestalt hat sagen wollen. Und da müssen die zwei Stenographen für das richtige Verständnis sorgen.

Die stehenden Vergleiche kommen bekanntlich auf ihren Verfassungen mit einem Stenographen aus — für den positiven sorgt die übliche Polizei. Auf dem Vergarbeitertag in Dortmund sogar brauchten sie bloß einen Stenographen, obgleich Delegierte, mit Ausnahme des Saarbeckens und einiger kleinsten Gruppen, aus sämtlichen deutschen Kohlenbezirken zugegen waren. Das Werk der Einigung ist in der Hauptsache gelungen. Noch ist Vieles zu thun, allein ein gemeinsames Band ist doch endlich geschaffen. Und als ein naiver Delegierter den Vorschlag machte, nochmals eine Deputation an den Kaiser zu schicken, erhob sich nicht eine Hand für den Vorschlag. An den Kaiser. Wozu? Was hat es genutzt, daß man vor 3/4 Monaten bei ihm antuschenderte? Was waren seine Versprechungen werth? Die Herren Gruppenbesitzer haben auf das „Kaiservort“ respektvoll geantwortet. Sie sind noch einmal en cannail behandelt und mit schmerzlichen Phrasen „über den Haufen schleusen“ lassen. So dumm sind die Vergarbeiter nicht mehr. Sie haben gelernt. Die historische Andeutung beim Kaiser, die brutalen Drohungen, die solchen Versprechungen, die Feindseligkeit aller Behörden, die Wortbrüchigkeit der Gruppenbesitzer — das Alles war eine vortreffliche Lehre. Und wie gelangt die Vergarbeiter haben die Lehre begriffen. Sie vertrauen nur noch auf sich selbst, und die Organisation der Arbeiter — und sie lassen den Kaiser Kaiser sein.

Nach dem Internationalen Arbeiterkongress ist die zur Wahrheit gewordene Vereinigung der deutschen Vergarbeiter das wichtigste Ereigniß, das dieses Jahr uns auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung gebracht hat.

**Soll das Sozialistengesetz einfach beibehalten werden,** oder soll es einen „Ersatz“ bekommen, der, gleichmäßig in welcher Gestalt, eine Verschärfung und Ausdehnung des Sozialistengesetzes bedeutet? — Das ist, schreibt man uns, noch immer die Frage. In den oberen Regionen herrscht augenscheinlich die vollständigste Katholizität. Die Nachrichten der Repts- und Regierungsblätter widersprechen einander in der tollsten Weise, und die Verwirrung wird noch dadurch vermehrt, daß die Personenkämpfe in den oberen Regionen nicht bloß fortbauern, sondern mit steigender Erbitterung geführt werden. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so hat der „kommende Mann“ keine Lust, noch lange „kommend“ zu bleiben. Und der junge „alte Feig“ kann den Moment nicht erwarten, wo er „sein eigener Reichstanzler“ ist. Man redet sogar schon in offiziellen Blättern ganz ungeniert davon, daß die Kaiserwürde in der heutigen Gestalt der Monarchie Abbruch thue, und daß die Nachbefugnisse des „Nachfolgers“ entschrieben beschritten werden müßten.

Kurz, es geht dem Hausmeier und dem Hausmeierthum an den Kronen — was uns nebenbei bemerkt sehr „Wurk“ sein kann, denn es macht absolut keinen Unterschied, ob das Volk im Namen eines Kaisers, der sein eigener Reichstanzler ist, oder im Namen eines Kaisers, der seinen eigenen Reichstanzler hat, „über den Haufen geschleusen“ wird. Diese Narkotikereien, welche die ganze, in den oberen Regionen herrschenden Miere verrathen, und als Symptome der Auflösung zu betrachten sind, nehmen aber die Aufmerksamkeit und die Kraft der Herren Staatsmänner so sehr in Anspruch, daß sie sich bisher über das Sozialistengesetz und dessen Ersatz nicht haben kümmern können.

Gewiß ist, daß der Plan besteht, den „Ersatz“ auch auf das Sozialistengesetz der Arbeiter auszuwenden, welchem sauberen Projekt natürlich die gesammte Bourgeoisie zustimmt.

Bei der Zerfahrenheit in den Regierungskreisen wäre es Thorheit, wollten wir uns den Kopf um unsere Gegner zerbrechen. Mögen dieselben zusehen, wie sie mit dem Sozialistengesetz fertig werden. Wir sind mit ihm fertig geworden, und werden auch mit dem „Ersatz“ fertig werden.

**Die Denkschrift zum Jubiläum des Sozialistengesetzes** ist, wie das nicht anders zu erwarten war, von der Centralstelle der Reichspolizei sofort verboten worden. Freilich hat es mit dem „sozial“ seinen eigenen Haken. Nicht als ob wir auf die berühmte Quintessenz Auslegung dieses Wortes anspielen wollten — o nein, man war in Berlin sehr dünnlich; kaum, daß man endlich den genannten Titel des Büchleins wußte, so erschien auch die Verbotensanfrage im „Reichsanzeiger“, aber wie lange hat es gedauert, bis man hinter denselben kam! Inzwischen ist die ganze Auflage der Denkschrift bereits vergriffen, so vollständig geräumt, daß wir selbst Einzelbestellungen nur ausnahmsweise noch befriedigen können. Und wir hatten die Auflage sehr hoch bemessen, so hoch, daß wir glaubten, auf lange hinaus mit Vorrath versehen, der Wäde einer zweiten Auflage überhoben zu sein. Wir lieben es nicht, in solchen Dingen zu über-

treiben, die eigenen Genossen zu täuschen, außerdem brauchen wir auch nicht zu übertreiben, die wirklichen Zahlen sind so groß, daß sie alle Erwartungen übertreffen. So wollen wir denn der Berliner Polizei mittheilen, daß von der 10 Bogen starken Schrift, deren Preis der Massenverbreitung durchaus nicht günstig ist, bereits 9000, schreibt neuntausend Exemplare in den Händen der Genossen in Deutschland sind. Die Absicht, der authentischen Darstellung der erzehrerischen Wirkung des Sozialistengesetzes auf die deutschen Arbeiter den Weg ins Reich zu verstopfen, ist gründlich vereitelt; dagegen hat das Berliner Polizeipräsidium einen neuen schlagenden Beweis dafür geliefert, daß trotz nunmehr eifriger Bestandes das Sozialistengesetz seine erzieherische Wirkung auf die deutsche Polizei noch immer nicht hinlänglich ausgeübt hat.

Entweder ist man im Stande, ein Verbot nicht bloß theoretisch zu verhängen, sondern ihm auch einige praktische Geltung zu verschaffen, oder man zeigt so viel Selbstkenntniß, daß man sich die Plamoge eines Verbots erpari, das weiter nichts fertig bringt, als einen weiteren Beweis, daß „auch wirklich nichts mehr gelingt“.

**Unsere schweizerischen Genossen** haben die Agitation für das Referendum gegen den Bundesanwalt aufgenommen, das dazu eingeleitete Komitee in Bern hat einen energischen Aufruf zur Unterzeichnensammlung erlassen, in welchem es mittheilt, daß Unterzeichnungslisten durch seinen Sekretär Redaktor W. Sted in Bern zu beziehen sind. Zusammenhänge zur Referendumsbewegung treffen aus allen Theilen der Schweiz ein, leider finden sich freilich auch Arbeitervereine, welche unter dem Einfluß der kapitalistischen Presse sich gegen die Bewegung erklären. Hoffentlich gelingt es der Agitation unserer Genossen, diese eines Besseren zu belehren.

In Bern, Genf, Zürich u. s. w. ist ein Manifest der Schweizerischen Anarchisten vertheilt worden, das sich in heftigen Angriffen gegen die Bundesbehörden ergeht, und unterschrieben ist: Die Schweizerischen Anarchisten von Basel, Freiburg, Karau, Locle, Aargau, Neuenburg, St. Gallen, Bern, Chaux-de-Fonds, Zürich, Lausanne, St. Immenthal, Veuf, Lugano, Winterthur, Biel, Glarus und Yverna. Einige Blätter haben die Vermuthung ausgesprochen, daß das Ding das Nachwort eines Agent provokateur sei, und in der That ist es Wasser auf die Mühle aller Reaktionäre, wie überhaupt der Gegner des Referendums, indeß braucht es darum noch nicht direkt politische Zwecke zu sein. Wir haben das Manifest von Freundeshand zugeworfen erhalten und müssen gestehen, daß es für Anarchisten noch relativ zahm gehalten ist, einige sehr unbedeutende Drohungen am Schluß und die Unterschrieben sind das einzig Bedenkliche daran. Die Polstermanier ist aber, wie bekannt, Lebenselement der Anarchisten, und ebenso, daß dieselben auf die Aktion der Sozialisten grundsätzlich keine Rücksicht nehmen, sondern dieselben durchkreuzen, wo sie nur können — kurz, es mag schon seine Richtigkeit haben, daß das Manifest von Anarchisten herrührt.

Einige Anzeichen deuten sogar darauf, daß es gar nicht in der Schweiz, sondern in Paris das Licht der Welt erblickt hat. Namentlich die Unterschrieben läßt darauf schließen. In Paris vertheilt man es, „Armeen aus der Erde zu stampfen“. Wir erinnern nur an die famose österreichisch-ungarische Delegation auf dem Pariser Sozialistenkongress.

Keterigen stimmen wir dem Berner Sozialdemokraten durchaus bei, wenn er feststellt, daß der Inhalt des Manifestes durchaus nichts Strafbares enthält.

Also falls Blut, und nicht durch Uebertreibung der Geschichte dem Geschrei nach mehr Polizei noch indirekt Vorladung geliefert!

**Die armen Könige und Kaiser!** Man könnte sie wahrhaftig manchmal beneiden. Wenn ich so unglücklich wäre, König zu sein, begann vor 120 Jahren ungefähr Rousseau einen Brief an irgend ein gekröntes Haupt — wenn wir nicht lesen an die Maria Katharina die „Große“ — und auch wirklich, die größte der Monarchinnen und „König“, wie Byron sie genannt hat; und seit jener Brief geschrieben worden ist, hat die Lage der Kaiser und Könige sich entschieden verschlechtert. Man nehme z. B. den Nachfolger jener Ueberlebigen, „immer lustigen“ Maria — das Kaiserthum, welches gegenwärtig auf dem russischen Thron sitzt. Der arme Tropp kann kaum die Nacht ruhig schlafen: er sieht beständig Dynamitbomben, Dolche, Revolver, Gift. — Es läßt sich auch nicht leugnen, daß insbesondere das Geschick eines Jaren in neuerer Zeit viel ungemüthlicher geworden ist als früher war — in der „guten alten Zeit“. Damals kam es zwar auch vor, daß einem Gefassten des Herrn der Hals umgedreht oder der Schädel eingeschlagen ward, allein das geschah wenigstens von befreundeter, ehrenwürdiger Hand — durch Fürstlichen, oder mindestens durch „Welche der Nation“. Von Seinesgleichen abgewürgt zu werden, war zwar kein Vergnügen — wenigstens nicht für den Abgewürgten — aber es war doch standesgemäß. Heutzutage haben die fürstlichen und adligen Attentäter eine plebejische Konkurrenz bekommen. Väterchen Alexander II. mußte es sich gefallen lassen, von „gemeinen bürgerlichen Kanonen“ um Thron und Leben gebracht zu werden, während Väterchen Paul I., der noch in der guten alten Zeit lebte, die Ehre hatte, von Fürsten, Grafen und sonstigen Edelsten der Nation — darunter einem Herrn von Bennigsen, Großonkel „unseres“ gleichnamigen Zukunfts-Ministers und Staatsmanns in partibus, der freilich noch nie daran gedacht hat, einem Fürsten zu Leibe zu gehen, selbst nicht einem Talarsfürsten à la Glendard oder Eisenstein — ordnungs- und kommentarlos, ganz im Rahmen althergebrachter Sitze, dem irdischen Jammerschmerz entriekt, und von den Welken des irdischen Lebens erlöst zu werden. Die Kibisten von heute pfeifen aber auf Ordnung, Kommt und die geheiligte Tradition; sie verachten Gift und Leibschmerzen — die beliebtesten Jaren-Erlösungsmittel der guten alten Zeit — und haben eine verwünschte Vorliebe für Dynamit. Das Schlimmste jedoch ist, daß es gemeine bürgerliche Kanonen sind, deren bloße Verührung schon einem Gottbegnadeten das Blut in den Adern gerinnen macht, und daß diese gemeinen bürgerlichen Kanonen so hoch sind, daß Todesurtheil, welches sie gefällt haben, im Voraus zu verhängen und Jahre bis zur Ausführung verstreichen zu lassen — fürchterliche Jahre der Qual und des Schreckens! Und ein solch armer, zum Tode verurtheilter Sünder, dessen böses Gewissen ihm Tag und Nacht das Todesurtheil vor Augen zaubert, sollte nicht manchmal Luft haben, mit einer der bürgerlichen Kanonen zu tauschen und seine Krone auf's Leibhans zu tragen, wie dies woland in einem französischen Gassenhauer dem Bürgerkönig angethan ward?

Genug — ein miserables Leben führt der Unglückliche; und obgleich über 100 seiner besten Epiglen seit 4 Wochen in Berlin ihr Hauptquartier aufgeschlagen haben und im Bund mit Kräger und der Krägerbände die Stadt nach allen Richtungen durchschwämmen, so getraut Väterchen sich doch nicht nach Berlin, wo es 100,000 Sozialdemokraten gibt — natürlich alsdann Mörder und Dynamitirer.

Wahrhaftig, wenn dieser Zusammenstoß nicht ein so großer Verbrecher wäre, für dessen Unthun überhaupt keine Strafe groß genug ist — man könnte ihn aufrichtig bedauern. Verschiedenen seiner „lieben Brüder“ geht's bellständig nicht viel besser; insbesondere das Berliner Väterchen hat in puncto der Angst viel Aehnlichkeit mit ihm; das Auge ist ebenso feuch, und die fortwährende Unruhe, das rasische Hin- und Herreisen sind Symptome, die unzweifelhaft auf die Furcht vor stets drohenden Gefahren zurückzuführen sind. Es wäre wirklich ein Glück für diese armen Könige und Kaiser, wenn ihrem Leiden bald ein Ende gemacht würde. Es wäre gar nicht so schwierig. Und wenn z. B. der Jar die Krone niederlegte, so würde er, wenn man ihm in Anbetracht seiner Fähigkeiten, das Amt eines Pferdebedeckers, Gemeindefassten oder auch, falls die Kenntnisse ausreichen, eines Dorfschulmeisters amtertrauen, sich, verglichen mit seiner jetzigen Stellung, wie im Himmel befinden. Aber gleich dem Spieler zieht er die Chancen seiner Autokratentstellung vor, und so mag er sein Leben als eine Jammer-Existenz zwischen „Furcht und Hoffnung“ weiter dahindringen, und seine Herren Kollegen mit ihm.

**Brave Jungens.** Der preussische Kultusminister verlegt sich in neuerer Zeit darauf, in Sozialpolitik zu machen, und selbstverständlich wandelt er dabei die Wege seines erlauchten Chefs, des großen Sozialreformers — für Krant- und Schloßhüter — Bismarck. Im der Ueberproduktion an Stabesaten“ abzugeben, hat er sein möglichstes, keine Schandwolle — fast hätten wir gesagt Barrikaden, um die Universitäten zu errichten, gegen alle diejenigen, die „nichts haben“. So hat er u. A. ein Rundschreiben erlassen, zum Zweck der

Abkaffung der Honorar-Stellungen — das einzige Mittel, welches ärmeren Studierenden den Besuch der Universitäten ermöglicht. Dieses gemeine Vorgehen — wir haben kein anderes Wort dafür — hat in akademischen Kreisen vielfach lebhaften Widerspruch erfahren, mit großer Begeisterung ist es dagegen von den Herren Korpsstudenten angenommen worden. Jubelnd schreibt das Organ derselben, die Akademischen Monatshefte:

Wir dürfen in dieser Angelegenheit, wie auch in der neuerdings angeordneten Beschäftigung der Schul- und Eintrittsgeld-Freiheit der Lehrlinge an höheren Lehranstalten, den Beweis dafür erbringen, daß die oberste Leitung des preussischen Kultuswesens zielbewußt, nicht beirrt durch den doktrinären Jammer über die „Monopolisirung der Wissenschaft“, die Wege einschlägt, welche geeignet sind, die große soziale Gefahr zu beseitigen, die der übermäßige Jubel der Unberufenen (!) zum Universitätsstudium in sich birgt.

Dazu bemerkt die Berliner „Volkszeitung“:

„Berufen“ gelten den Akademischen Monatsheften“ anscheinend nur die Mittel und Reizung haben, Korpsstudenten zu werden!“ Da thut die „Volkszeitung“ den Korpsbüchsen doch Unrecht. So — nennen wir es, doktrinär sind diese Büchsen keineswegs. So bornirt der Standpunkt wäre, so hätte er doch noch einen Schimmer von idealem Charakter, diese Sorte aber ist so ausgeartet realistisch wie nur der ärgste Feindkammer sein kann. Korps hin, Korps her — das ist Spielerei, die Unberufenen, das sind die Unbemittelten, das sind die armen Hungerleider, die nichts sind als lästige Konkurrenten. Nicht Vernarrtheit in ihren Korpsstreifen, nein Probaud ist es, der diese Zeiten dicit hat. Aus Probaud wurden die Büchsen Antikemiten, aus Probaud besteht sie eine Maßregel, welche darauf abzielt, die höheren Berufe in einem Monopol für die Besigenden zu machen. Brave Jungens!

**Deutsche Justiz.** Was wir in der vorigen Nummer über dieses Thema geschrieben, findet eine neue Bestätigung durch folgende Berichte der Hamburger „Tribüne“ über zwei Gerichtsverhandlungen, die in Altona stattgefunden haben:

1) Der Vollziehungsbeamte August Demphoff aus Jümmenrode, Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt, ist angeklagt, durch circa 200 (!) selbständige Handlungen Gelder, welche er in amtlicher Eigenschaft empfangen hatte, in der Höhe von nahezu 5000 Mark zum Schaden der Staatskasse unterschlagen zu haben. Der Angeklagte hat in der Voruntersuchung die Unterschlagungen rückhaltlos eingeräumt, während er heute nicht wissen will, wo das Geld geblieben sei! Er gibt zu, nicht in Noth gelebt zu haben, da er 2500 Mark Dienstlohn genommen hatte. Seine Familie besteht aus Frau und drei Kindern, von denen das jüngste bereits dreizehn Jahre alt ist. Dem Angeklagten werden 100 Unterschlagungen mit 1500 Mark nachgewiesen. § 355 des Strafgesetzbuchs bedroht derartige Straftaten mit mindestens drei Monaten Gefängniß. Das Gericht findet in der „bisherigen Unbehaltlichkeit“ des Angeklagten „Milderungsgründe“; in dem großen Vertrauensbruch dagegen erschwerende Momente und erkennt für etwa hundert Strafthaten auf ein Jahr Gefängniß.

2) Der Arbeiter Joh. Chr. Wuppermann wird beschuldigt, durch drei selbständige Handlungen Schinken und Speck in Mengen, die nach Ansicht des Gerichts zu groß zum selbständigen Gebrauche waren, gestohlen zu haben, und zwar in zwei Fällen nach Uebersteigen einer Mauer (erschwerende Umstände). Dieser Angeklagte hat in der Voruntersuchung ein reumüthiges Geständniß abgelegt, bei dem er auch heute bleibt. Der unglückliche, elende Mann, ist nie bestraft und hat sich bis heute tadellos geföhrt. Er hat aus bitterer Noth gehandelt, da er fünf kleine Kinder und seit zwei Jahren eine kranke Frau hat, und da sein Verdienst, welchen er als Landarbeiter bei einem Bauern bezog, nur ein richtiger Hungerlohn ist, der ein Mark den Tag beträgt. § 243 des N.-St.-G.-B. bestimmt für „schweren Diebstahl“ unter Umstände mildernder Umstände ebenfalls ein Strafminimum von drei Monaten Gefängniß. Das Gericht erkennt Milderungsgründe als vorhanden an, verurtheilt aber diesen Angeklagten, der nicht 2000 Mk. Dienstlohn hatte und nicht aus purer Wohlthat 3000 Mark froh, sondern aus Hunger und Noth Kleinigkeiten von Schinken und Speck entwendete, zu — zwei Jahren Gefängniß!

Dieser infamen Klassenjustiz nach ein Wort des Kommentars hinzuzufügen, siehe unsere Beilage. Wer bei dem Letzen solcher Dinge taub bleiben kann, an dem ist überhaupt Hoffen und Muth verloren. In jedem Menschen, der das Herz auf dem rechten Fleck hat, können sie nur den Entschluß fesseln, unablässig fortzuarbeiten, bis die heutige Klassenjustiz beseitigt ist und mit ihr Klassenherrschaft und Klassenjustiz.

**Nichts Verwunderliches.** Deutsche Blätter berichten, daß der antisemitische Student Gähler, der den jüdischen Kandidaten Blum im Duell erschloß, nach halbjähriger Festungshaft begnadigt worden sei, während der Studiosus Dehke, der einen antisemitischen Studenten im Duell erschossen, erst nach drei Jahren Festungshaft begnadigt worden sei.

Wir finden dabei nichts Verwunderliches. Gnade ist nicht Recht, sondern Willkür. Wer einem Menschen das Recht der Begnadigung überträgt, überliefert die Ausübung des Rechts seiner Laune. Wilhelm II., der sich einbildet, ein „Germane“ zu sein, läßt seine „Gnade“ den Vertretern des Ultramontanthums leuchten — er könnte das Umgekehrte thun, und die Sache würde dadurch in nichts geändert.

Wir lesen im „St. Galler Stadt-Anzeiger“:

**Liberaler Konsequenz.** Ein Mitarbeiter der „Republique française“ stellt laut die Forderung, die von andern Blättern nur angebeutet wird, daß nämlich Rochefort, welcher infolge des über ihn in contumaciam verhängten Urtheils an der Ausübung seiner Rechte als Staatsbürger und Bürger verhindert ist, auch verhindert werde, von jenseits der Landesgrenze Schmäherarbeit gegen alles Bestehende zu schicken und durch den Druck verbreiten zu lassen. Keine andere Regierung würde eine solche journalistische Thätigkeit dulden, warum sollte die Republik sie über sich ergehen lassen? — So ein Freund des Herrn Ferry, vielleicht er selber, auf jeden Fall ein „Opportunist“, ein „gemäßigt“, vornehmlich „liberaler“. Welch ein weites Gewissen und wieviel beschalteten Verstand doch die „Gemäßigten“, die „Bermüthigen“ haben! Erweist es nicht wahr, daß „keine andere Regierung“ die journalistische Thätigkeit eines Pflichtlings dulde. Die Herren mögen sich daran erinnern, daß sogar die Regierung des letzten Kaiserreichs dies hat dulden müssen, gleich wie jede andere Regierung. Zweitens waren dieselben Herren, resp. ihre Vorgänger enthusiastische Anhänger und Beschreier Rocheforts, als derselbe in seiner „Kammer“ „alles Bestehende“ schmährte. Drittens wäre es doch für eine Republik ein sonderbares „System“, nicht zu dulden, was „keine andere Regierung“ dulden würde.

Und was führt denn die Herren Liberalen dieses Systems zu solchen Ungehörlichkeiten? Nichts als persönliche Eitelkeit. Das einzige Verhängnis des Herrn Ferry war der Gegenstand heftiger Angriffe von Seite der Sozialisten in Presse und Versammlungen; die Sozialisten hatten seinerzeit am heftigsten gegen die Wahl Ferry's zum Präsidenten gekämpft; ganz speziell war es seit jher Rochefort, der die Person Ferry's beschimpfte, daher die Blinde, tolle Muth der „Rep. fr.“, die sich zum Prinzip verleiht, die Republik dürfe und solle die Presse knebeln, weil auch keine andere Regierung eine solche journalistische Thätigkeit dulden würde! Das ist „liberaler“ Konsequenz!

Wir können diesen Ausführungen nur beipflichten. Von opportunistisch-gemäßigter Seite wurde auch der Gedanke ausgehebt, ob man von England nicht die Auslieferung von Boulanger verlangen könne, da Boulanger doch der Unterschlagung, also eines gemeinen Verbrechens bezichtigt sei. Die englische Presse hat den Herren aber sofort in einer Weise auf diese Unmuthung Bescheid gegeben, daß sie sich Kleinstigkeit zurückgezogen haben. Durch solche Wege lassen wir das Antrecht Englands nicht abspatzen, erklärte „Daily News“, deren Feindschaft gegen den „bravo general“ bekannt ist. Herr Boulanger ist politischer Flüchtling, und zehn Klagen wegen gemeiner Vergehen ändern daran nichts.

In der neuerdings wiederholten Frage: **wie verhält sich der Arbeitstag zum Arbeitslohn, oder wie wirkt verkürzte Arbeitszeit auf den Arbeitslohn,** liefert der von uns bereits in voriger

Nunmehr erwähnte Artikel der Züricher „Arbeiterstimme“ über die Lage der russischen und polnischen Fabrikarbeiter einen sehr interessanten Beitrag.

Der Arbeitstag in Nordrußland erheblich länger als in Polen. Er beträgt in Nordrußland 14 bis 16 Stunden, in manchen Distrikten sogar bis zu 18 Stunden. In Mittelrußland beträgt der Arbeitstag in der Regel 14 Stunden, im Minimum 12 Stunden. Der Durchschnitt für die gesamte Fabrik- und Werkstättenindustrie beträgt in Rußland 13 1/2 Stunden, in Polen dagegen nur 12 1/2 Stunden. Freilich hat der russische Arbeiter einige Feiertage mehr als der polnische, aber diese machen die Differenz nicht weit. Der russische Arbeiter ist das Jahr 285,8 Tage thätig, der polnische dagegen 292 Tage. Natürlich sind wir aber die erste Zahl mit 13 1/2, die zweite mit 12 1/2, so erhalten wir für den russischen Arbeiter 285,8, für den polnischen 3650 Arbeitstagen im Jahr, für den ersten 208,3 Stunden, d. h. über 16 Arbeitstage mehr. Wie steht es nun mit dem Arbeitslohn?

Der Verdienst eines Arbeiters, schreibt der Verfasser — G. Rane-man — in Polen bedeutend höher als in Rußland. Den höchsten Lohn erzielen in Polen die Arbeiter in den Wollspinnereien. Durchschnittlich verdient da ein Mann 25,5 Rubel im Monat, eine Frau 16 Rubel. In den Baumwollspinnereien, Leinwandfabriken, allerlei Webereien, Färbereien, Tuchfabriken und Metallfabriken beträgt in Polen der Lohn im Durchschnitt für einen Mann 20 Rubel im Monat, für eine Frau 13, für ein Kind 8,8 Rubel. In den Baumwoll- und Wollspinnereien arbeiten 40 Prozent der Arbeiter vom Staat. In den Zigarren- und Holzverarbeitungsfabriken, Brauereien, Maschinenfabriken, Glasfabriken und chemischen Fabriken beträgt der durchschnittliche Lohn eines Mannes nur 17 Rubel im Monat, für eine Frau 11, für ein Kind 6 Rubel. Den niedrigsten Lohn erhalten in Polen die Arbeiter in den Stahl- und Eisfabriken in den Zuckerraffinerien und allen anderen Fabriken. Im Monat 27 Arbeitstage gerechnet, verdient da ein Mann, bisweilen mit Wohnung monatlich bis 8 Rubel 80 Kopfen, eine Frau bis 5 R. 24 Kop., die Knaben 3 R. 60 Kop. und die Mädchen 2 R. 80 Kop.

Der durchschnittliche Verdienst eines Mannes im Verhältnis zu dem einer Frau, der Knaben und Kinder, kann man daher in Polen (wenn wir den Verdienst eines Kindes als Einheit annehmen), in den Zahlen 2,6 : 1,6 : 1,2 : 1 ausdrücken, d. h. der Verdienst eines Mannes ist beinahe zweimal so hoch, wie der einer Frau und beinahe dreimal so hoch wie der eines Kindes und der durchschnittliche Verdienst einer Frau ist 1 1/2 Mal höher, als der Verdienst eines Kindes. Es ist hieraus sehr begreiflich, wenn die Fabrikanten so häufig die Kinderarbeit vorziehen. Sie machen dabei einen bedeutenden Gewinn.

In Rußland sind die Lohnverhältnisse, wie gesagt, noch schlimmer. Den höchsten Lohn erreichen die Arbeiter auch da in den Wollspinnereien. In dieser Industrie und in den Maschinenfabriken ist der durchschnittliche Verdienst eines Mannes 20 Rubel per Monat, einer Frau 15 Rubel. In allen andern Industriezweigen, außer in Zuckerraffinerien und Eisgießereien, in denen in Rußland der Lohn noch viel niedriger ist, beträgt der durchschnittliche Verdienst eines Mannes 15,2 Rubel monatlich, d. h. weniger als in Polen die Frau verdient, einer Frau 8 Rubel 80 Kopfen, eines Kindes 5 R. 50 Kop.

Im Durchschnitt ist der Verdienst eines Mannes in Polen um 32 Prozent höher als in Rußland, der Verdienst einer Frau um 75 Prozent, eines Kindes um 63 Prozent. Der höhere Kulturgrad des polnischen Arbeiters im Vergleich mit dem russischen Arbeiter, einerseits seine größeren Bedürfnisse, andererseits seine höhere spezielle Fähigkeit haben, wie die Statistik beweist, einen wesentlichen Einfluß auf seine höheren Lohnverhältnisse.

Wenn man freilich zugeben werden muß, daß der polnische Arbeiter trotzdem nicht viel besser daran ist, als der russische — der letztere nähert sich eher besser, als der erstere — so ist das für die vorliegende Frage von nebensächlicher Bedeutung. Die Hauptsache ist und liegt darin, daß der polnische Arbeiter arbeitet weniger lange als der russische, er bezieht einen höheren Lohn, und trotzdem ist die polnische Industrie durchaus fähig, mit der russischen zu konkurrieren, so daß diese sich hinter immer höhere Schutzzölle zu verbergen sucht. Trotz des Schutzes, der seitens der russischen Regierung auf die polnischen Fabrikate immer höher aufgelegt wird, sieht das Königreich Polen bis auf den heutigen Tag 52,1 Prozent seiner Erzeugnisse nach Rußland, besonders nach Süd- und Nordrußland, und den vorzüglichsten Absatz finden dort die Woll- und Baumwollfabrikate. Ein solcher Beweis gegen Alle wider die Behauptung der Arbeiterzeit gemachten Einwürfe — wenigstens soweit sie sich auf die Frage der internationalen Konkurrenz beziehen.

Massenandrangungen brutaler Art werden aus Genf gemeldet. Gegen 80 Personen: Russen, Polen, Franzosen, Italiener, sind bereits dem Ordnungszustand und der Genfer Polizei zum Opfer gefallen. Die Ausgewiesenen, schreibt man dem „Viertel Anzeiger“, sind theils Studenten, theils anfängliche Gewerbetreibende, die schon Jahre lang ihrem Erwerb in Genf nachgehen, theils Schriftsteller, unter ihnen der Redaktor der gemäßigten liberalen russischen Zeitschrift „La Roccia libre“, sowie der rühmlichst bekannte Gelehrte Plechanoff. Rogrand ist die Anwesenheit der angeblich anarcho-socialistischen Gesinnung der Betroffenen; gewiß sehr sonderbar, wenn man weiß, daß die Ziele der russischen Bewegung die Schaffung einer rein konstitutionellen Verfassung bilden.

Der Gewerksmann des „Viertel Anzeiger“, schreibt dazu der „Brüder“, daß die Mittelklasse „vieler Anzeiger“, schreibt dazu der „Brüder“, aber man hat sich bei uns allmählich daran gewöhnt, daß fast kein Mann mehr darnach trachtet, wenn noch so auffallende Ausweisungen erfolgen. Das freirechtliche Gewissen ist abgestumpft und diejenigen, die es wahrenhalten möchten, sieht man heute als Unterlandskinder in Acht und Bann zu thun.

Das stimmt, soweit das Bürgerthum in Betracht kommt; um so größer die Pflicht der Arbeiter, sich anzukündeln und die Forderung der Freiheit unter allen Umständen hochzuhalten — eine Freiheitspflicht zu bilden um Schutz und Trutz gegen Verengungsbestrebungen. Sage man nicht, daß die Arbeiter dazu noch zu langsam sind. Sie sind es nicht, sie können viel, sehr viel, wenn sie nur wollen.

Sprechende Thatsachen. In dem Jahrzehnt vom 1. Januar 1879 bis zum 1. Januar 1889 ist in Preußen die Zahl der feststehenden Dampfkegel um 45 1/2 Prozent, der feststehenden Dampfmaschinen um 51,2 Prozent und ihre Leistungsfähigkeit (nach Pferdekräften berechnet), um 70 Prozent gestiegen. Noch größer ist die Zunahme der weß in der Landwirtschaft, bezw. in landwirtschaftlichen Betrieben zur Verwendung kommenden beweglichen Dampfkegel und Lokomobile. Dieser beträgt 118 pSt., während ihre Leistungsfähigkeit sich sogar um 136 pSt. vermehrt hat. Man kann daraus ersehen, bemerkt zu diesen Angaben die Berliner „Volkszeitung“, in welcher wachsendem Umfang sich auch die Landwirtschaft solcher modernen technischen Hilfsmittel für ihren Betrieb bedient, und wie sehr dadurch namentlich der landwirtschaftliche Großbetrieb — seine Kosten verringert. — Von besonderem Interesse ist es deshalb auch, speziell für die östlichen Provinzen, also für die Gebiete des vorherrschenden Großgrundbesitzes und des zunehmenden Arbeitermangels die einschlägigen Verhältnisse festzustellen. Für ganz Preußen beträgt, wie schon bemerkt, die zehnprozentige Steigerung der Leistungsfähigkeit 136 pSt. Dagegen nun für die Regierungsbezirke Marienburger 258 pSt., Gumbiner 465 pSt., Danziger 289 pSt., Pommerscher 258 pSt., Golen 157 pSt., Westpreußen 198 pSt., Breslau 293 pSt., Oppeln 170 pSt., Posen 64 pSt., Stettin 61 pSt., Götting 94 pSt., Stralsund 88 pSt., Frankfurt a. O. 109 pSt., Potsdam 102 pSt. Für diese fünf Provinzen zusammen (ohne Berlin) beläuft sich die Steigerung auf 169 pSt. (nämlich 54 463 Pferdekräfte in 1889 gegen 21 018 in 1879), während sie für alle übrigen Provinzen (wiederum ohne Berlin) nur 110 pSt. ausmacht (nämlich 53 565 Pferdekräfte in 1889 gegen 25 538 in 1879). Für den Fortschritt, den der landwirtschaftliche Betrieb gerade im Osten gemacht hat, ist das gewiß charakteristisch.

Das stimmt. Die Herren Landjunker haben in einer Hinsicht etwas gelernt und die Millionen und Abermillionen, die ihnen der „Rader von Staat“ in den Schooß geworfen, haben ihnen die Mittel dazu geliefert,

sich in einer Weise technisch auszurüsten, daß der Wander Bauer ihnen gegenüber hoffnungslos die Segel streichen muß.

Über übrigens daraus, daß die Vermehrung der feststehenden Dampfkegel nach den obigen Zahlen sich als geringer darstellt als die der beweglichen, den Schluß ziehen sollte, daß die eigentliche industrielle Produktion doch recht langsam fortschreite, der vergibt, daß es sich hier um Verhältniszahlen handelt, die bei kleineren Gegenständen natürlich viel erheblich erscheinen als bei größeren. Thatsächlich ist auch die Zunahme der feststehenden Dampfkegel eine ganz enorme — fast die Konzentration der Produktion hat in Industrie und Landwirtschaft im letzten Jahrzehnt rapide Fortschritte gemacht und es würde wider die Natur der Dinge sein, wenn diese Zunahme nicht in ihrem entsprechenden Nachstadium der sozialdemokratischen Stimmen in ihren lebendigen Ausdruck fände.

Sollen sich an die eigene Nase fassen. Die deutsche Reptilpresse, schreibt man uns, „verdient tugendhaft die Augen, weil der Prozeß gegen Boulanger „parteiisch“ geführt worden. Parteiisch, mag sein. Aber immanchmal war das Belastungsmaterial ein so richtiges, daß der Angeklagte unter gleichen Verhältnissen in Deutschland von logen, „gerechten“ deutschen Richtern“ zwangsläufig verurtheilt worden wäre.

Wenn andere Reptilblätter so grimmige Feinde der Parteilichkeit vor Gericht sind, warum legen sie nicht lieber an der eigenen Thüre und beschäftigen sich mit den Hunderten von Sozialistenprozessen der letzten Jahre — Prozeßen, in denen zum größten Theil gar kein juristisch brauchbares Belastungsmaterial vorlag und in keinem Fall, und die schamlos Parteilichkeit der Richter oder der Geseggebung und Regierung (Ausnahme Parteilichkeit eine Beurteilung möglich gewesen wäre? Der Parteilichkeit der Geseggeber und Richter, die das parteiliche Sozialistengesetz machten, dient der Parteilichkeit der Richter als Werkzeug. Die meisten deutschen Richter sehen ihre Aufgabe nicht mehr darin, juristische Vergehen und Verbrechen nach dem bestehenden Gesetz abzumessen, sondern den Gegnern der Gewaltthäter imaginäre Vergehen und Verbrechen anzudichten, und eine juristische Formel für die Beurteilung von Männern zu finden, deren einziges wirkliches Vergehen oder Verbrechen darin besteht, daß sie Gegner der Gewaltthäter sind. Bei diesem ihrem Geschäft der Verfertigung und formell-korrekten Aburtheilung künstlicher Vergehen entwickeln manche unserer sauberen Richter einen Schornstein und eine Erfindungs-gabe, die auf ein besseres Ziel hingelichtet, unsere Anerkennung verdienen würden. Jene Dresden'ser Richter zum Beispiel, die jüngst an der einfachen Aufstellung einer ruhigen Fahne (vermittelt einer Anarcho-schiffen) Erzens Verdachte Sachbeschädigung, Zweiteus verurtheilte Vertriebsförderung, Dritten Schlingen an öffentlichen Orten, herauszufahren und die Urheber dieser drei enormen Vergehen zu 5 bis 10 Monaten Gefängnis verurtheilten, haben sicherlich in ihrer Art ein kleines Meisterstück geliefert. Wie sie ihr Hirn abgequält haben mögen, ehe die drei Verbrechen richtig juristisch gefaßt waren!

Und die Vertheiliger solcher Justiz-Infamien wollen über die Beurteilung Boulanger's jeteren!

Der Krieg — eine Erfrischung. Kürzlich ist der vierte Band der unter dem Titel „Unter den Hohenzollern“ herausgegebenen „Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generals von Oldwig von Rogner“ eines liberal angehauchten Freundes des alten Wilhelm, welcher letzterer bekanntlich während der Mantuffel'schen Epoche Anfangs der fünfziger Jahre mit der — liberalen — Opposition kollektiv, erschienen. In einer Besprechung dieses Buches in der „Frankfurter Zeitung“ finden wir u. A. folgende, den späteren Heldengreis auf's deutlichste charakterisirende Aute aus Briefen desselben:

Ein Jahr später drohen die orientalischen Wirren. Der Prinz glaubt nicht, daß es zum Schlagen kommen wird, er schreibt an Rogner (26. März 1859): „Man wird sich noch etwas mit — roten Kommandieren und dann die Flotten wieder einlaufen lassen. Für uns Soldaten, die doch auch gern etwas Resultat so langer Friedensvorberitungen sehen möchten, wird die Zeit zu lang; man wird nicht länger und so werde ich mich wohl mit der Badener Episode (d. h. die Riederfertigung der böhmisches Freiheitskämpfer) begnügen müssen. Meinem Sohne dürfte es anders beschicken sein.“ — Als 1857 aus dem Neuenburger Putsch ein Konflikt zwischen Preußen und der Schweiz zu entstehen droht, empfängt der Prinz, der eben sein fünfzigjähriges Militär-Dienstjubiläum gefeiert hat, es sehr schmerzhaft, daß der Oberbefehl über das gegen die Schweiz bereit gehaltene Heer dem General von Gröben übertragen worden ist. „Bedanken Sie“, schreibt er an Rogner, „in dieser Zeit des gefeierten Jubiläums, zugleich theilnehmend des — zu Hause gelassenen Feldherrn wegen G.“ — Reagiert und verstimmt antwortet er im folgenden Jahre (1858) auf die Glückwünsche des Fremden zu seinem Geburtstag: „Wenngleich ich Ihre Wünsche gern annehme, daß es mir wie Abgesagt gehen möge, so glaube ich doch nicht, daß mir das Loos beschieden sein wird, denn der Krieg für Preußen scheint abgeschafft zu sein und ein 24jähriger Friede macht die Waffen zu demselben stumpf! Der Trieb in der Armee ist gewiß noch außerordentlich groß, aber der Geist erlahmt doch, da nirgends eine Erfrischung möglich ist, wie sie nur der Krieg gibt.“

Daß der alte Wilhelm „Soldat mit Leib und Seele“ war, ist bekannt, aber in der „lonalen Presse“ — und dieselbe reicht weit in die bürgerliche Demokratie hinein, wird er daneben als ein „Friedensfürst“ gefeiert, der sich nur widerstrebend der Nothwendigkeit sich zu führen, gefügt habe. Hier, in seinen vertrauten Briefen, zeigt sich der „Kartätschenprinz“ aber in seiner wahren Gestalt, die „Soldatennatur“ offenbart sich als Pankratie-natur — er schüt sich nach dem Krieg — um nichts als des Krieges willen. Welche brutale Dentart dazu gehört, vom Krieg als einer „Erfrischung“ zu reden, brauchen wir nicht erst des Weiteren darzulegen, wer aber und erwidern wollte, daß diese „Erfrischung“ eben mit der Zeit für die Armeen eine Nothwendigkeit werde, sollen dieselben nicht pfeiff erlahmen“, der würde weiter nichts beweisen als die absolute Gemeingefährlichkeit der lebenden Armeen.

Wilhelm II. verjagt seine Gedanken, seine vollständige Ideen-gemeinschaft mit seinem „in Gott ruhenden Herrn Großvater“ zu bezweifeln. Kein Zweifel, daß auch er dessen Auffassung über den Krieg theilt. Sage nicht der Knäuel beim Humde — das deutliche Volk würde wahrscheinlich schon den Segen dieser „Erfrischung“ genießen.

Eine „Ehrenrettung“. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ hatte kürzlich darauf aufmerksam gemacht, daß ein Theil der „Ausnahmeverordnung“ betr. die anarcho-socialistischen Vergehen nicht erneuert worden sei — nämlich der Theil, der für die anarcho-socialistischen Vergehen die Geschworenengerichte in gewissen Bezirken außer Wirksamkeit setzt — daß also Wien vom 1. August d. Js. eine Ausnahmeverordnung weniger habe. Das Berliner „Volksblatt“ bezog diese Notiz irrthümlich auf die ganze Ausnahmeverordnung über die anarcho-socialistischen Verbrechen und schrieb aus diesem Anlaß einen Artikel „Ein Ausnahmevergesetz weniger“, worin die österreichische Regierung für ihre politische Feindschaft gelobt und andern als Wasser hingestellt wurde. Das veranlaßt die „Arbeiterzeitung“ in ihrer neuesten Nummer zu einer sehr launigen „Ehrenrettung“, die als Charakteristik der österreichischen Rechts- und Polizeiverhältnisse auch in unserm Blatt einen Platz beanspruchen darf.

Die österreichische Politik“, schreibt die Wündergram, „hat etwas so spezifisch „Oesterreichisches“ an sich, daß, wenn Oesterreich's Verhältnisse in einem österreichischen Blatte besprochen werden, die Landes-fremden dasjenige klar verstehen oder gar nicht verstehen, was jedem Oesterreicher ganz klar ist. So bemalte sich Verschiebung dieses einmal, einem reichsdeutschen Genossen klar zu machen, was das Recht der Intervention bedeute, das jeder Abgeordnete unseres Reichsraths habe. Der Mann wollte absolut nicht begreifen, daß es für das Parlament ein Recht zu fragen geben könne, welches verträglich ist mit dem Recht der Regierung — nicht zu antworten; es war ganz unmöglich, ihm beizubringen, daß dieses Recht der Intervention trotzdem sehr festbar sei, daß es aber der Regierung ganz unerträglich werden würde, wenn sie die Intervention auch beantworten müßte. Derselbe versteht eben nur ein Oesterreicher.“

Die „Arbeiterzeitung“ schildert nun den Irrthum des „Volksblatt“ und fährt dann fort: „... Oesterreich gehört nicht unter die „wilden“ Völker ohne Aus-

nahmegefeß — nur ist's bei uns kein Gesetz — das beschlossen werden muß und diskutirt; sondern „Erordnung“, „Verfügung“ heißt das Ding.“ Und wenn wir heute „um ein Ausnahmevergesetz weniger“ haben, so genügt das Andere, um unsere Zustände mindestens ebenso „zivilisirt“ zu gestalten wie die deutschen. Ja, hätten wir selbst diese nicht — unsere Staatsgrundgesetze, unsere glorreichen Erzeugnisse der liberalen Aera genügen vollst, um jedes freie Wort zu unterdrücken, um jede Versammlung zu verbieten, um jeden Verein aufzulösen, um mit einem Worte jede missliebige politische Bewegung auf so lange abzuholen zu knebeln, als das nöthigenswerth erscheint. — Ein Beispiel: Ja Brünn herrscht heute nicht der geringste Ausnahmestand. Aber Brünn besitzt einen Staatsanwalt, der noch immer nicht „pensionfähig“ ist, obwohl er nach unserer Ansicht längst „pensionwürdig“ ist. Dieser Herr duldet heute nicht der geringste Ausnahmestand mit größter Seelenruhe, was in aller Welt, in allen Sprachen gedruckt und verbreitet wird. — Für Brünn ist auch der internationale Sozialismus vernichtet. — Also wozu Ausnahmevergesetz, wenn wir über solche Grundrechte und solche — Staatsanwälte verfügen. —

Daselbst besteht jene Ausnahmeverfügung, welche der Polizei gestattet, in den wichtigsten Bezirken Zeitungen einzufrieren, Vereine aufzulösen, Versammlungen zu verbieten, Menschen anzuzweifen — ohne richterlichen Urtheil, ohne Refursation — ganz nach freiem — polizeilichem — Ermessen. — Diese Refursation geht nach freiem und wird benutzt. —

Sollte aber wieder das Bedürfnis gefühlt werden, Zeitungsredakteure subjektiv zu verfolgen, um sie einzusperrn, und sollte man zufällig ein Haar darin finden, sie zu dem Zwecke vor die Geschworenen zu stellen, so ist das ganz gewiß ein „allerhöchsterwünschenswerth“ zur Aufhebung der Geschworenengerichte — und die Verordnung kann täglich erlassen werden. Man sieht, unsere Freunde in Berlin haben entschieden Unrecht, wenn sie Oesterreich zu den „wildem Völkern“ rechnen, wo es kein Sozialistengesetz gibt. Wir waren unserm Vaterlande diese Ehrenrettung schuldig.

Und Jedermann wird uns zustimmen, wenn wir der „Arbeiterzeitung“ das Zeugnis geben, daß noch nie eine Ehrenrettung so überzeugend ausgefallen ist wie diese.

Zum Schlußstein der großen preussischen „Sozialreform“ lesen wir in deutschen Blättern:

„Die viele von den Versicherten haben Aussicht, Altersrente zu genießen? Nach den, der voranschreitlichen Anzahl von Altersrentnern, zu Grunde gelegten Nachweisen der jüngsten Verfassungskommission ist es in Deutschland Arbeiter und resp. solche Personen, welche Arbeiter waren, von 70 und mehr Jahren:

von	männliche	weibliche	zusammen
70 Jahren	19,172	8,310	27,482
71 „	16,048	7,110	23,158
72 „	13,248	5,888	19,136
73 „	10,305	4,605	14,910
74 „	7,598	3,510	11,108
75 „	5,286	2,685	7,971
76 „	3,406	1,392	4,798
77 „	2,136	1,249	3,385
78 „	1,201	735	1,936
79 „	834	493	1,327
80 „	500	302	802
81 „	269	185	454
82 „	—	105	105
83 „	—	46	46
85 „	—	15	15

79,969 37,119 117,088

Die Zahl der zu versichernden Personen beläuft sich auf mehr als 11 Millionen. Es kommt somit auf je 100 Versicherte durchschnittlich 1 Altersrentner. Demnach haben von 100 Arbeitern immer 99 die tröstliche Aussicht, vom 16. Lebensjahre bis zu ihrem Tode Beiträge zahlen zu müssen, ohne in Bezug auf Altersrente die geringste Gegenleistung erwarten zu dürfen.“

Und von denen, die die — so lächerlich gering bemessene Gegenleistung erhalten, stirbt über die Hälfte schon im Laufe der ersten zwei weiteren Jahre. Nach fünf Jahren ist die Zahl oder so unannehmlich, daß auf je 1000 Versicherte nur noch zwei „Altersrentiers“ kommen. In der That, die Ordnung des — Schwindels.

„Recht voor Allen“ antwortet in seiner Nummer vom 22. August auf unsern Artikel in Nr. 33 — leider in dem gleichen gehässigen Ton, den wir an seinem Artikel bereits zu bedauern hatten. Unsere Ausführungen wird ein Sinn unterstellt, der ihnen absolut fern lag — u. A. so unserer Bemerkung über den unethischen Verfasser des ersten Artikels — und in gleicher Weise werden die Verfassungskommission auf dem Kongreß behandelt. So Lafargue's Antrag am Donnerstag, mit dem Berleien die Berichte aufzulösen und zur Debatte der Anträge überzugehen. Er sei gestellt worden, nachdem über Deutschland, Frankreich, England Bericht erstattet, der Rest hätte nicht mehr, selbst Amerika und Rußland nicht.“ Thatsächlich hatte am Mittwoch Abend bereits Lawroff über Rußland gesprochen, am Donnerstag Vormittag Dr. Adler über Oesterreich. Wer immer die Artikel im „Recht voor Allen“ schreibt, ist es zu viel verlangt, daß er wenigstens — wenn nicht den Personen, so doch den Thatsachen Gerechtigkeit widerfahren läßt!

Was aber hat die ganze Streiterei, das nachträgliche Herumklauen an Einzelheiten für einen Sinn? Regler sind gemacht worden — Niemand leugnet das, nicht allen Wünschen ist entsprochen worden — ist das ein Grund, die Absichten zu verdrängen? Nehmen wir z. B. „weil „Recht voor Allen“ noch einmal darauf zurückkommt, die Vereinigungsfrage. Glaubt es wirklich, daß das Resultat in Bezug auf diese ein anderes gewesen wäre, wenn der Kongreß statt der Reichsentscheid die Neuenhais'sche Resolution angenommen hätte? Oder hat nicht gerade das Schicksal der Vereinigungsanträge auf dem Völkerversammlung bewiesen, daß die letztere dort genau ebenso behandelt worden wäre, ja thatsächlich behandelt worden ist, als die erstere? Es ist also auch von diesem Gesichtspunkt aus höchst zwecklos, über die von Liebknecht beantragte Resolution nachträglich zu mähen.

Also noch einmal, was sollen diese nachträglichen Angriffe? Die Einzelheit behelligen, deren Scheitern in Paris „R. v. A.“ und wir mit ihm, bedauern? Diese Art der Polemik ist sicher nicht dazu angethan. Wir gehören nicht zu denen, die ein offenes Ausprechen vorhandener Meinungsverschiedenheiten verpönnen — im Gegentheil, wir halten es für zehnmal besser als das ewige Verdräuen, damit nur die Gegner nichts davon merken — aber eine Polemik unter Genossen soll, bei aller Schärfe, nie in Gehässigkeit ausarten. Nur unter dieser Bedingung wird sie der Sache zum Heile gereichen.

Die Londoner „Justice“ benutzt unsere Auseinandersetzung mit „Recht voor Allen“, sah auf's Neue an uns zu reiben. Wir werden ihr antworten, wenn sie sich das Lügen und Verläumdungen wird abgewöhnt haben.

Das Wahnsinnige in den europäischen Zuständen wird treffend dadurch illustriert, daß etwas, was stets und überall ein Unglück für die davon betroffenen Völker gilt, ihnen heute zum Segen gereicht! In Rußland ist nämlich die Grube ihrer Schicksale angefallen, und das ist, wie die Politiker sagen, die thätige Bärgrube für die Erhaltung des Friedens. Denn wenn die Magazine und Speicher leer sind und das Vieh wegen Mangel an Nahrung geschlachtet werden muß, werde der Jar den Sabel in der Seite lassen müssen.

Wir hatten ausdrücklich erklärt, daß wir deshalb Werth darauf legten, festzustellen, daß Daniela Neuenhais nicht der Verfasser sei, weil dieser auf dem Kongreß der Percing'schen Sozialisten gemessen, Fortuna aber auf dem der Völkerversammlung, also nur von Hörensagen her. „Recht voor Allen“ stellt die Sache aber so hin, als gelte bei und überhaupt nur die Fährer, während wir die übrigen Genossen als „eine Herde Schafe betrachten“. „Recht für Alle“

Eine ernüchternde Audiochil für das Volk: entweder Hunger leiden und notdürftig am Leben bleiben, oder keinen Hunger leiden und ledig gelassen werden!

Barlow's Ziel hatte doch wenigstens die Wahl zwischen zwei Bündeln Heu; hier hat das Volk nur die Wahl zwischen zwei Bündeln Dinsteln! (New-Yorker „Volkstimme“)

— So wird's gemacht. Aus Trier, der Hochburg des Ultramontanismus, wird der Berliner „Volkstimme“ unter dem 18. August geschrieben:

„Aufgeißt auf Grund von § 9, Absatz 2, des Sozialistengesetzes wurde heute eine in Trier-Löwenbrücken von dem Schriftführer des Fachvereins der Maurer einberufene Versammlung folglich, als der sozialdemokratische Regierungsbaumeister a. D. Rehler seinen Vortrag beginnen wollte. Die Aufgeregten begaben sich nach der Amphitheaterbrücke und nach dem Vorort Naar, wofelbst sie sich durch unzählige Hufeisen auf Fachvereine, Bebel, Rehler u. s. w. für den ungeschulten Vortrag schablos hielten. Den Leuten, welche als Bewohner des heiligen Trier bisher niemals ohne Schanden an Sozialdemokraten zu denken vermochten, wird es, nachdem ihnen selbst der Titel „Sozialdemokrat“ vollständig an den Kopf geworfen ist, plötzlich außerordentlich leicht, in Hochs auf die Sozialdemokratie anzusprechen, — wenn auch vorerst nur aus Scherz; wie lange man es, nachdem die erste Schen überwand, noch dauern, und die Leute sind im Ernst Sozialdemokraten? Vorans nun laudsoziellsten Rate zu erleben ist, daß das Sozialistengesetz lediglich die Sozialdemokratie zerschmettert, statt sie zu erwürgen.“

Aber abgehofft wird's doch nicht, hintermalen die heutigen Nachhüber diese Waffe zum Schutz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung nicht entbehren können. Und sie werden sie so lange nicht entbehren können, bis sie selbst entbehrt werden können.

— Die letzten Nachrichten vom Doktorarbeiter-Streit lauten sehr ernst. Die Gesellschaft weigert sich hartnäckig, auf die Forderungen der Arbeiter einzugehen, und diese sind entschlossen, den Kampf bis auf's Aeußerste zu führen. Inzwischen lähmt der Streit den ganzen Handel der Reichsstadt, die Zufuhren sind abgebrochen und in verschiedenen Kreisen droht Hunger. Im großartigen Maße erfüllt die nichtstreikende Arbeiterschaft die Solidarität, und auch aus bürgerlichen Kreisen fließen die Unterstützung. Die Haltung der Streiker ist bewundernswürdig, seit indes die Dockkompanie ihr Spiel so lange fort, so wird es schwer halten, Ausbrüche der Leidenschaft zu verhindern. Vielleicht rechnen die Herren darauf, da sie die Arbeiter nicht durch die Hungerperipe die bändigen können, so soll die bewaffnete Macht heranziehen, hoffentlich werden sie sich auch damit verdeden. Sie haben es nicht mit einer Arbeiterkategorie — sie haben es mit dem Volk zu thun.

— Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verfenet nachstehende Quittungen:

August 1889.

Wir theilen hierdurch unseren Parteigenossen mit, daß für Unterhaltungszwecke vom 1. April bis 30. Juni folgende Beträge eingegangen sind: Aus: Vemgo: M. 70.—, Schwelm M. 30.30, Berlin Republi M. 26.25, Reitmans M. 3.—, Magdeburg-Budau M. 100.—, Duedlinburg M. 21.—, A. S. Neuenhauer M. 79.—, Sennefelder M. 25.—, A. Berlin M. 10.—, M. S. durch A. S. Schwelm Berlin M. 80.—, B. M. M. 50.—, Waldenburger Kreis M. 60.—, Zeilenroda M. 10.80, Gohlfenstein-Kreis M. 25.—, Budau M. 27.50, Grotfurt (ohne Sabel) M. 12.—, Votobam M. 18.—, Hof, alte Garde M. 4.—, Junge Garde M. 6.—, Lambrecht M. 3.—, Budau M. 27.50, Witten M. 75.—, Gilsenburg M. 10.—, Brandenburg M. 25.—, Potsdam M. 25.—, Brandenburg M. 30.—, M. G. Münden M. 100.—, Budau M. 28.60, Brandenburg M. 25.—, Grotfurt (Das Banner hoch) M. 20.—, Nachtrag vom Januar mit März: Hof M. 10.10, Darmstadt M. 10.—, Feig M. 20.—.

Reichstags-Wahllohn. Aus: Hannover M. 400.—, Gfenach M. 12.—, Wener bei Solingen M. 30.—, 1. hütige Schlittenfabri M. 8.35, Frankfurt a. M. M. 62.—, Rom Rom in Mund M. 700.—, B. Berlin M. 100.—, Herr Hübner M. 200.—, A. H. J. M. 150.—, Minusarbeiter Berlin M. 16.—, Sennefelder M. 25.—, B. F. M. 50.—, A. B. M. 100.—, Spilng M. 2500.—, Wilhelmshaven M. 50.—, Salpingen M. 15.—.

Zur Unterstüzung der Oberfelder Annelinganten. Von G. H. in L. M. 21.35, Bovenen M. 10.—, Reitmans M. 2.—, A. Preelan M. 5.—, Groshausen M. 50.—, 19. hütiger Wahlkreis (Groning) M. 10.—, M. 15.—, Döben M. 20.—, 10. hütiger Wahlkreis M. 35.50, Dresden M. 200.—, Hamburger Freunde M. 500.—, Roming M. 25.—, Gilingrode M. 3.—, Grimmitshau M. 100.—, Dresden M. 50.—, Fort i. L. M. 200.—, Doerensen M. 4.—, Hilde M. 8.50, Seibennersdorf M. 18.50, Friedriehs A. M. 5.—, Offenung i. B. M. 50.—, (von der eiseren Faust) M. 28.—, von den Afford-Arbeitern M. 30.—, Nichtstanzwahlvereiner M. 2.—, Seiban bei Bungen M. 30.—, Hohenstein M. 25.—, Kirchhald i. B. M. 30.—, Hünserwade M. 25.—, Wicherleben M. 18.—, Sandhof 28. Pr. M. 3.—, Sommerfeld M. 3.—, Stadt Eufsa M. 3.—, Meriburg M. 11.50, Oberweimar M. 11.—, Bagenhalla M. 13.55, Leudern M. 18.—, Schötenow M. 6.—, A. Münden M. 50.—, Nienstadt i. S. M. 16.50, Sprenger M. 100.—, A. Münden M. 100.—, Sablon bei Mey M. 4.30, B. Münden 45.—, Gamburg M. 410.—, Budau M. 100.—, Wilhelmshaven M. 50.—, Calbe M. 20.—, A. Hlm M. 8.—, Kaiserlautern M. 18.—, Nifman u. Uing. M. 15.80, Reime M. 13.—, Bontberg M. 15.70, Niemburg M. 10.—, Leudersdorf und Weneibau M. 5.—, Oberwig M. 2.50, Eiban M. 2.—, Witten M. 25.25, Goltfanten M. 12.70, Gassei M. 100.—.

Für die Familien unserer Verstorbenen: Radmitragen vom 1. Januar bis 31. März: Oshad M. 11.60, Mauen i. B. M. 20.—, Freunde vom bunten Thor, Bremen M. 20.—, Gera M. 40.—, Feig M. 20.—, Kohlhausen M. 10.—, Grimmitshau M. 100.—, Groshausen M. 50.—, Duedlinburg M. 11.—, Brandenburg M. 100.—.

A. Bebel, G. Weilenberger, B. Viechnacht, H. Meißer, B. Singer.

## Korrespondenzen.

Verden bei Bremen. Die kommende Reichstagswahl hat diesmal für unsere Partei ein besonderes Interesse. Erstens, weil bei der letzten Wahl infolge der Kriegsheute unsere Stärke nicht genug zum Ausdruck gekommen ist, zweitens weil es sich diesmal um eine fünfjährige Legislaturperiode handelt, und drittens weil bei jedem neuen Wahlgange das Interesse unserer Partei sich naturgemäß steigern muß.

Es wird nun vor allen Dingen darauf ankommen, daß in Bezug auf die Wahltaktik noch ebenso einseitigen Grundgedanken gehandelt wird, wie in der Frage des Prinzips. Ich glaube darum eine Frage aufwerfen zu müssen, über welche, wie die Erfahrung in unsern Wahlkreise lehrt, noch viel Unklarheit herrscht, und die daher öffentliche Diskussion erheischt.

Es stehen sich hier zwei verschiedene Strömungen gegenüber. Die einen legen, in jedem Wahlkreis haben die Genossen die Pflicht, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, und alle zu Gebote stehenden Mittel zur Agitation für ihn aufzuwenden, ganz unbekümmert um die gegenwärtigen offiziellen, d. h. die günstigen Wahlkreise. Dort ist doch Geld genug, heißt es einfach.

Die zweite Ansicht geht dahin, daß unsere Partei nicht fort genug ist, um auf der ganzen Linie den Kampf zu führen, da neun Zehntel der Wählerschaft noch gegen uns sind, und daß mithin die ganze Kraft der Genossen auf ein entprechendes Gebiet konzentriert werden muß. Dieser Gedanke muß auch auf den Kongressen vorherrschend gewesen sein, sonst hätte das Festhalten an offiziellen Wahlkreisen keinen Zweck. Es kommt für unsere Partei darauf an, daß wir uns zunächst den günstigsten Boden anschauen, wo wir am bequemsten und leichtesten Anhänger gewinnen können, denn wir muß im Auge behalten, daß unsere Partei nicht warten kann, bis der beste Mann auf der Erde zu unsern Grundgedanken bekehrt ist, sondern daß wir zunächst uns damit begnügen

müssen, die Majorität für uns zu haben. Es wäre daher sehr unpraktisch, ganz planlos da zu stehen, wo der Boden am schlechtesten ist. Es letzteres der Fall, das können die Genossen aus ihrem eigenen Wahlkreise heraus nicht immer beibringen. Das kann nur von erfahrenen Genossen, die einen Gesamtüberblick haben, festgelegt werden. Nach dieser Maxime gewinnen wir nicht nur mehr Vertreter, sondern, was noch wichtiger ist, auch mehr Stimmen, und was das Allerwichtigste ist, auch mehr wirkliche Parteigenossen. Denn was will es z. B. sagen, wenn in einem Wahlkreise, wo keine nachhaltige Agitation unterhalten werden kann, nur alle drei, und in Zukunft alle fünf Jahre hier und da einmal einige Versammlungen abgehalten werden? Eine solche Agitation bringt wenig Stimmen und noch weniger Parteigenossen, hat also wenig praktischen Werth; es ist vielmehr das einzig Richtige, die besten Wahlkreise zuerst vorzunehmen. Mit den neu gewonnenen Hilfskräften rücken wir den weniger günstigen auf den Fuß, und den allerhöchsten Boden überlassen wir der Zukunft, dem Tag nach dem Siege.

Ein Bedenken wirkt man gegen diese Praxis auf, das der Beachtung werth erscheint, doch dann manche Genossen bei der Wahl überhaupt nicht in Thätigkeit treten, und dadurch eine Erschlaffung herbeiführt wird. Um diesem Bedenken Rechnung zu tragen, haben wir in unserm Wahlkreise bislang folgenden Mittelweg eingeschlagen. Wir stellen zwar bei der Wahl einen eigenen Kandidaten auf, treiben aber nur solche Agitation, die nichts kostet, oder doch keine nennenswerthen Kosten verursacht. An Sonn- und Feiertagen Ausschläge auf's Land zur Verbreitung von Flugblättern, die Versammlungen werden von einheimischen Genossen abgehalten, auf diese Weise waren wir immer in der Lage, die aufgebrauchten Geldmittel nach auswärts abfahren zu können. Wir sind zu dieser Taktik nicht allein durch den Einfluß der Kongresse, sondern auf Grund eigener Erfahrung gekommen. Als wir vor 18 Jahren zuerst einen Kandidaten aufstellten, da wurde alles Geld, das wir auftrieben, veragiert, und das Resultat war, daß uns jede Stimme, die erworben wurde, 2 Mark kostete, und da wir infolge der großen Anstrengungen bei der Wahl in der Zwischenzeit keine Agitation treiben konnten, gingen die so halb gewonnenen Kräfte wieder verloren. Wir saßen bei jeder Wahl so zu sagen wieder von vorne an; auf solche Weise geht der Partei viel Geld verloren, dank einer falschen Taktik.

Darum möge man die „offiziellen“ Wahlkreise entsprechend vermehren, nicht allein solche Kreise dazu nehmen, in denen voraussichtlich ein Kandidat durchkommt, sondern auch solche, die demnach die besten Aussichten haben. Dies sei unser Hauptkampsatz, hier möge dann der ganze Kampf entbrennen. In der Theorie hat das den früheren Kongressen auch vorgeschwebt, ist aber noch niemals scharf genug durchgeführt worden, es ist gegangen wie mit den Bekämpfen der Kongresse über die Enthaltung bei den Stichwahlen. Auch diese sind nicht innegehalten worden und werden auch diesmal, trotzdem der St. Gallener Parteitag in dieser Hinsicht einen ganz besonders scharfen Beschluß gefaßt hat, nicht innegehalten werden; es wird darum recht notwendig sein, daß auch diese Frage noch einmal einer öffentlichen Diskussion unterzogen wird.

Kommen wir zu der ersten Frage zurück. Es wird sich an diese die Betrachtung über die jeweiligen Verhältnisse der einzelnen Wahlkreise anknüpfen. Beginnen wir mit unserm Wahlkreise. Derselbe ist für die Partei ungünstig: 1) Weil der ganze Wahlkreis mit Ausnahme eines kleinen Stadttheils von 8000 Einwohnern aus lauter Dörfern besteht, im Ganzen mehrere hundert Ortsteile. 2) In der Provinz Hannover sind wir sehr wohlhabender Mittelstand vorherrschend; dieser Mittelstand ist durch die frühere hannoversche Gefolgekassen künstlich erhalten worden. 3) Steht uns der Partikularismus im Wege. 4) Gibt es in diesem ganzen Wahlkreise höchstens 300 Parteigenossen. Es liegt sehr nahe, daß die Genossen den Wunsch haben, jeder in seinem Wahlkreise den Erfolg selbst mit durchzukämpfen zu wollen, aber er ist auf keinen Fall praktisch.

Noch eine andere Frage möge hier angeregt werden. Früher erschien nach jeder Legislaturperiode des Reichstages eine Broschüre, betitelt: Die parlamentarische Thätigkeit des Reichstages und der Landtage; diese Broschüren machten es jedem Agitator, und bei der Wahl ist in jeder Genosse ein Agitator, sehr leicht, die Wägen der verschiedenen Parteien agitatorisch auszunutzen. Nicht alle Arbeiter haben Zeit, die parlamentarischen Vorgänge zu verfolgen, und in drei Jahren wird Manches vergessen. Dana muß man bedenken, daß eine Genosse hat mit Ultramontanen, der andere mit Freimaurern, ein dritter mit Kartellbrüdern, und manche Genossen mit allen gleichzeitig zu kämpfen, wir brauchen also einen Agitations-Katechismus, in dem die Sünden aller Parteien registriert sind, verbunden mit einigen Hinweisen für die Agitation.

Im Betreff des Geldbedarfs bei der Reichstagswahl möchte ich noch anfragen, daß die Genossen die Druckkosten, die in einem Hauptausgabeposten bilden, im Rathhale ruhig auf Kredit anfertigen lassen müßten — natürlich wenn sie solchen haben — sie haben in den folgenden fünf Jahren Zeit genug, die Kosten abzubezahlen; auch kann es nicht schaden, wenn man es eventuell verliert, Vorschüsse anzunehmen.

Und zum Schluß möchte ich noch darauf hinwirken, daß es jedem Arbeiter zur moralischen Pflicht gemacht wird, den Tag der Wahl als den höchsten Feiertag zu betrachten, an dem kein freier Mann arbeiten darf.

**Elberfeld. (Die Moral und Sitteneinheit unserer Wähler der Moral und guten Sitten.)** „O ich, so lang Du lebst laun!“ — dieses Wort des weilaub verstorbenen Revolutions-Dichters Freilich hat sich auch einer der berufensten Hüter der Ordnung in unserm Sozialistennetz an der Wupper zum Motto erkoren. Als Schmeichler und seiner Art in Paul — so wollen wir ihn vorberhand nennen — den letzten Geheiß gegenüber ein kleiner Schwere-näher und Schmeichler für was „Geheißens“, das hat er denn auch nicht in seiner braven Gehäute, wohl aber in seiner Johanne gefunden. Johanne ist zwar nicht der richtige Name der Golden, aber da ich er und sie in ihren Briefen Paul und Johanne nennen, um sich nicht in Kompromittieren, so wollen wir diese Namen vorläufig beibehalten.

Nicht etwa daß über das frante Verhältnis ein strenges Geheimniß waltete. Nein, es ist auch hier gegangen wie der Dichter sagt: „Wacht sie aber und wird sie groß.“

Dann geht sie auch am Tage bloß.“ Arm in Arm wandeln Paul und Johanne durch die Stadt, nur die vertranterten Stellbischen werden in Bohwinkele und in letzter Zeit auch in Werresheim abgehalten. Für seine Johanne würde Paul kein Leben lassen, doch da es dazu noch nicht gekommen ist, benutzt er seine amtliche Stellung, um sie über des Lebens trübe Stunden hinwegzu-fristen.

Als i. B. Johanne wegen Ueberschreitung der Kontroll-Vorkäufte auf drei Wochen in's Gefängniß mußte, was für eine Stets-Empfängliche ja sehr hart ist, da sich Paul sie — zur Vermeidung — aus dem Gefängniß holen und hielt ihr auf seiner Antstube eine eindruckliche Vorlesung über die Verwerflichkeit der „freien Liebe“, und als die Lesion vorüber, ging Johanne, wie ungewöhnt, von dannen, und verbrachte den Rest ihrer Zeit mit erhabenen Betrachtungen darüber, was es für eine gute Tade um die Polizei und besonders um einen Polizeikommissar ist.

Ja, lieber Leser, Paul ist Polizeikommissar, und Johanne hat noch manchmal Gelegenheit gehabt, sich dessen zu freuen. So als sie eines Abends wieder einmal auf Tugendstuden erriep worden war und der Beante einer von ihr vorgezogenen — Marie nicht trauen wollte. Marie nicht zufällig gerade Paul dazugekommen, so hätte die Nothe wahrscheinlich wieder hinter die Gardinen gemauert. Und schließlich feste es Paul sogar durch, daß Johanne von der lästigen Kontrolle befreit wurde und einen Tugendstuden erhielt. Freilich, auch seine Macht hat ihre Grenzen, denn als er einst an einer Frau Wagen, die ihm öffentlich sein Verhältnis mit Johanne vorgeworfen, dadurch seine Wuth fühlen wollte, daß er versuchte, sie unter Kontrolle zu bringen, wollte ihm dieser Schurkentricks „absolut nicht gelingen“ und er mußte den Vorwurf ungeraden auf sich lassen.

Paul gedachte auch zu den händigen Gästen des famosen Hotel Biermann, das überhaupt die Stammliebe der Oberfelder Polizei-Genossen und zugleich eine der größten — Freudenstätten unserer sündreichen Stadt ist. So groß wurde schließlich der Standa, daß eine Auflage nicht mehr zu umgeben war, und Frau Biermann wurde denn auch wegen Ruppeler unter Annahme milderer Umstände zu

drei Wochen Gefängniß verurtheilt. Damals soll Frau Biermann während zu Johanne gelaufen sein und gedroht haben: „Jetzt sollen die Herren ebenfalls sämtlich an die Reihe und zuerst Dein Paul und Du.“ Johanne aber hielt ihr vor, daß sie noch viel mehr bekommen hätte, wenn sie, Johanne, und noch 11 andre Tugendengel keine Stöder-Gide geschworen, und dabei scheint sich Frau Biermann beruhigt zu haben.

Natürlich erfährt schließlich auch der Oberbürgermeister von Paul's Treiben. „Herr Kommissar“, soll er gesagt haben, „nehmen Sie sich in Acht, daß es Ihnen nicht geht wie Ihren Vorgängern.“ Das hat aber ebensovienig genügt, wie die Vorwürfe von Paul's Gattin. Paul läßt nicht von seiner Johanne, und er geht in seiner — Liebe sogar soweit, wenn er selbst nicht zu ihr kann, für sie das Amt des Louis zu machen und ihr seine Freunde zu rekommandieren. Ist's nicht so, Paul? Deut an den von der Kue!

Nicht wahr, ein sauberes Bürche, dieser Paul? Und dieses sittlich durch und durch verkommene Individuum hat in Elberfeld die politische Ueberwachungs-Polizei in der Hand, um über ehrlische Arbeiter allerhand Lug und Trug zu sam ein und sie unthunlicher Weise in's Gefängniß zu bringen. Wie er dabei vorgeht, kann man sich denken, wenn man sich vergegenwärtigt, welche elende Rolle der Bürche im Prozeß Venraath gespielt, wie er da Hehleru bis zu 500 Mark verprügel, wenn sie zu Ungunsten des Beklagten auslagen wollten, schließlich zum Seidenhändler avancierte und den Hehleru Seide abkaufte und trotz aller dieser Randover gründlich hereinfiel.

Wenn wir könnten ganze Bände voll schreiben, wollten wir alles ansühren, was über das Treiben des Paul bekannt geworden. Aber der Gabel hindert uns daran. Wir fragen nur: Wie ist es möglich, daß ein solcher Reich, auf den die ganze Stadt mit Fingern weist, auch nur eine Stunde länger Polizeikommissar sein kann? Ein Mann, der das ihm zu öffentlicher Uebersicht überwiebene Geld mit Laubdrinen verpulvert, seine Untergebenen berumthut und sie, während er seine Orgeln feiert, halb umsonst arbeiten läßt? Und was ist die Ordnung? werth, für die ein solcher Mann zu sorgen deufen wird? Und welcher ehrlische Mensch kann vor einem solchen Menschen Achtung empfinden?

Was meinen Sie dazu, Herr Polizeikommissar Rammhoff? Die Wupperwacht.

## Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemahrgelerten nicht!

### Briefkasten

der Redaktion: Briefe und Einsendungen erhalten aus Amsterdamm, Bern, Stuttgart, Zürich.

der Expedition: Th. Hr. Doyton: Thl. 2. — f. Schrift. erb. — Mhr. Kämpfer: M. 20. — a. Gto. M. u. Schrift. erb. Hüllig. erganz. — Kaathias: M. 2500. — in Saar u. Ggr. per M. 3. Cu. x. erb. Weiteres nach Wunsch u. M. am 22. Antio. auf Bf. v. 21/8. — Nothos Hülsen: Noth. v. 20/8 M. erb. u. besorgt. Gbenso das weitere Anliegen. — G. H. Sohnen: Noth. v. 6/7 erhalten u. mit Nr. 34 erledigt. — Labriosa Neapel: Thl. 4. 6 f. Schrift. per S. 2. u. Gto. in Bier erb. — M. P. Hg. v. Bon Sd. haben wir Nichts gehört, wünschen aber auch von Ihnen Bescheid wie's steht. Bei solcher Enthaltamkeit besser's Schweigen. — Nothos Freister: Mehrbeilag. u. M. x. notiren u. erwarten schlemme Fortsegg. — Clara: Noth. v. 21/8 erb. u. Weiteres unten. A. manirt, ebenso Wohlstand bere. Erb. — Mhr. Hans: P. R. v. 21/8 erb. u. Beilag. Bibliothek notirt. Deutschrift erste Auflage schon vergriffen, deshalb beschleunigte Hüllig. anzufragen, um prompt bedient zu werden. — X. B. V.: Bf. v. 21/8 hier u. Weil. besorgt, sowie M. d. geord. — Amers: P. R. v. 22/8 erb. u. Jugelages erwartet. M. d. notirt. — Berlin: M. d. Vorlage v. 21. geord. u. M. am 23/8 Weiteres berichtet. Vor allem ist jetzt unbedingt Hüllig. zu leisten! — Rabison: Das liegt nicht an uns. Hüllig. sogar, daß es jetzt doppelt kommt, da Erstlings angeordnet ist. M. am 23/8 Weiteres. — Claus Groth: M. 10. 75 per Ggr. gutgebr. M. d. geord. M. mehr. — Rotmund: Hüllig. 102. — a. Gto. M. x. erb. M. d. notirt. Weiteres M. — V. H. Dijon: Weitere 50 Gld. gutgebracht. Edg. u. Nota folgt. Geheißens löstet Nr. 6. 75. Duttig. in 34 irrthümlich. — S. D. A. P. St. Gallen: Abgelehnt. Weiteres M. P. R. v. 26/8 89. — J. B. Vff.: Hüllig. Teniffist. folgt. Th. III. A. ist noch nicht so weit. — Traunich: M. 50. — a. Gto. M. x. u. Nachrichten u. 25/8 sowie Beilagen erb. Alles besorgt. P. Sd. kommt noch. — Merlin: Bf. v. 25/8 erb. Preise finden Sie im neuen Katalog; bar n a ch richten Sie die Jürgen je nach drillicher Geshlogenheit. M. mehr. — Vorwärts B. Aires: Bf. v. 1. am 26/8 erb. Hüllig. folgt. Gasse erwartet. — Stts. Df.: M. 1. 20 f. Schrift. erb. Edg. folgt. — W. Lutz. Chicago: Bf. 2. 11. 4 (Nr. 64. 15) u. Gto. M. u. Schrift. erb. Hüllig. folgt. Internationale Kongressprotokolle sind nur in französisch erschienen. Bf. am 27/8 mehr. — Pfaffenheid: Aufschluß wird ermitit u. folgt sofort nach Eingang. Bis dahin Achtung! — A. Höhn. N. Berl.: Beilag. v. 14. erb. u. am 27/8 besorgt. — L. P. B. Arnhem: Bf. 2. 20/8 erb. Doppelt aus Berichen. — Off. Bgr. Keitlania: Bf. 27—31 am 27/8 abgg. — J. B. Gbdt.: Hüllig. v. 24/8 folgt. Weiteres ver Wollig. — Sowary. N. Hork: Thl. 17. 6 f. Beilage erb. — A. B. Dd.: M. 5. — M. d. ab 1/8 bis Ende 89 erb. — Pfeiffenkopf: Bf. 53. 12. 8 u. Gto. M. x. erb. Weiden Sie uns den Betrag in Mark. — Clara: Bf. 12. — a. Gto. M. x. erb. Bf. Weiteres. — A. Sdbr. Duth: Thl. 4. 6 f. Schrift. erb. Edg. folgt mit Preisangabe. — R. L. Og.: M. 5. — f. Schrift. erb. Edg. folgt, jedoch ohne Garantie der Lieferfrist. Beistellen Sie künftig rechtzeitig u. nicht in den letzten drei Tagen. — Steineide: 4bdr. am 26/8 erb. Grr. — Weizgeb: M. 8. 20 f. Schrift. erganz. Erbitten künftig Notifikation des Abgangsbatus herber auf Nota. — Nothor Geldbad: M. 675. 85 per M. Cu. u. Sdft. erb. —

### Zur Beachtung!

Die erste Auflage der

## Denkschrift

ist bereits vollständig vergriffen; die in den letzten Tagen eingegangenen zahlreichen Bestellungen können daher, da die in Angriff genommene zweite Auflage noch nicht verhandfertig ist, erst nach Ablauf einiger Wochen effektuert werden.

Wir bitten deshalb die geehrten Besteller um Nachsicht und sehen weiteren zahlreichen Neu-Aufträgen höchlich entgegen.

Ferner machen wir diejenigen

### Liederbuch-Besteller,

deren Lieferungen im Rückstand sind, darum aufmerksam, daß sie sich noch ziele 4 Wochen gebuden müssen. Es ist eine wiederholte Neu-Auflage — jetzt die zweite — gegenwärtig in Arbeit, nachdem die durch unsere Geschäftsverlegung x. obnehin verzögerte 11. Auflage bereits vollständig geräumt ist.

Die bei der Verlesung größerer Posten entspringenden Schwierigkeiten verschiedenster Art zwingen uns, bei allen größeren Bestellungen prompte Vaarzählung zu bedingen und rechnen wir hierin auf allseitiges Entgegenkommen.

### E. Bernstein & Co.

114 Kentish Town Road, London, N. W. (England.)